Groß-Berlin: Freitag, den 13. Februar in allen Unterbezirken Mitgliederversammlungen

Die Durchführung des Klassenkampfes verlangt ein anderes Betriebsrätesystem. Sie verlangt die Zusammenfassung der Proletarier im Betrieb zur Durchführung der proletarischen Revolution. Und dieses Machtinstrument der Proletarier, diese Betriebsorganisation, wählt sich seine Räte, die nur das zu lenken und durchzuführen haben, was seine Auftraggeber von ihm verlangen. Dieser Vertreter des Proletariats kann jederzeit zurückgerufen und versetzt werden. Seine Aufgabe ist nicht kapitalistische Buch- und Betriebsführung zu überwachen und zu studieren, und damit unabkömmlich zu werden, sondern die Diktatur des Proletariats durchzuführen, und nach Vernichtung des Kapitalismus den Aufbau einer praktischen Arbeitseinteilung zu fördern. Die Arbeit kann von den Proletariern jederzeit überwacht werden.

Das Rätesystem ist ein Mittel zur Durchführung der Macht des Proletariats, wer dieses Mittel in ein Mittel zur Machterweiterung des Kapitals umbiegt und dem Proletariat dieses Instrument aufzwingt und schmackhaft macht, ist gefährlicher wie der offene Reaktionär, da er schwer zu erkennen ist vom Proletariat. Zu diesen gehören all die Vertreter der kommenden Betriebsrätewahlen, von der SPD. bis zur KPD.

Das Karussell

Es gibt ein so schönes Gedicht von Rainer Maria Rilke mit dem obigen Titel — traumhaft glitzert ein Karussel an unserem Augen vorbei, trägt Pferde, Kabeltiere — „und dann und wann ein weißer Elefant —". Und an diese ewige Wiederkehr im Kreise, diese immer wiederkehrenden, weißgestrichenen Holzelefanten, dieses Zauberbier für Kinderaugen, wird man unwillkürlich gemahnt, wenn man heute die klangvollen Worte liest, die die Sozialdemokratie für die Verruchtheit einer Regierung findet, in der sie nicht mehr vertreten ist. Im Kreislauf des agitatorischen Karussels sehen wir immer wieder dieselben alten Holzpferde mit ihren dummen Glasaugen — doch dann und wann taucht der große, weißgestrichene Holzelefant auf, schön mit schwarzrotgoldener Schabracke und glitzernden Phrasen geschmückt — und sein Name ist „sozialdemokratischer Patriotismus". Und vor dem Karussel steht der Ausrufer und macht das p. t. Publikum darauf aufmerksam, daß sich nur auf diesem Karussel der allein echte, größte, herrlichste Holzelefant befindet.

Und gerade jetzt wieder kann man das herrliche Vieh in vollem Glanze bewundern. Lothar Erdmann hat ein Buch über die Gewerkschaften im Ruhrkampfe im Auftrage des A. D. G. B. erscheinen lassen. Natürlich singt er in allen Tönen das Lob dieser Organisationen, die hier als „bevorzugte Teilnehmer" in erster Reihe standen, geleitet von den „hohen Motiven", die in dem Leitartikel des „Vorwärts" wie folgt charakterisiert werden:

„Die deutsche Arbeiterschaft hat den Ruhrkampf geführt, weil die Einheit des deutschen Staatswesens und der deutschen Volkswirtschaft und damit die auf ihrer nationalen Geschlossenheit beruhende Machtstellung der Arbeiterbewegung durch den Einbruch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet aufs stärkste bedroht waren. Die in der Arbeiterbewegung lebendige Tendenz, den nationalen Staat, der den Rahmen bildet für die nationale Volkswirtschaft, gegen Zerstörung zu schützen, entspringt nicht verschwommenen Gefühlen nationalistischer Romantik, sondern sie entspringt der Einsicht, daß die dem Wohle der arbeitenden Volksmassen dienende Arbeiterbewegung untrennbar verbunden ist mit der einheitlichen Volkswirtschaft und nur innerhalb desselben wirken kann auf der Grundlage des demokratischen nationalen Staatswesens."

Das sind nun freilich Töne, die wir nicht zum ersten Mal hören, und es nur darum angezeigt, sich mit dieser altbekannten Sache zu beschäftigen, weil der gegenwärtige Skandal der Entschädigungen für die Ruhrindustrie so ein schönes Gegenstück dazu liefert.

Wenn die deutsche Arbeiterschaft überhaupt aus sich heraus fähig wäre, die Gesetze von Ursache und Wirkung in ihrem Tun zu verfolgen, so müßte man das Erdmann'sche Buch als Propagandamaterial, als eine „Anleitung zur künftigen Vermeidung von Fehlern" geradezu in die Hände aller Arbeiter geben. Denn es ist für einen noch nur einigermaßen klar denkenden Proletarier schwer denkbar, daß bei der Nebeneinanderstellung dieser beiden Dinge — des Ruhrkampfpatriotismus der Gewerkschaften und des Skandals der Ruhrentschädigungen — sich nicht jeder gleich ihm sagen wird: hier ist Ursache und Wirkung. Der Skandal, den die Sozialdemokratie jetzt so agitatorisch geschickt ausnutzen will, wäre ohne ihre eigene Mitwirkung am Ruhrwiderstande gar nicht möglich gewesen. Nur ein Unternehmertum, das da weiß, daß die Arbeiterschaft, im Interesse des nationalen Volkswirtschaft immer wieder ihr eigenes Fell zum Markte tragen wird, darf sich eine derartige Schröpfung der nationalen Finanzen „im Interesse der nationalen Wirtschaft" erlauben. Natürlich wurde der Karussellstand auch damals schon mit allerlei „zielbewußtem" Phrasengeklingel aufgeputzt.

„Als bevorzugte, in der ersten Reihe stehende Teilnehmer an diesem Kampfe forderten die Gewerkschaften daher auch Einfluß auf die Maßnahmen, die in dieser Lage von der Regierung ergriffen werden sollten. Sie erklärten, daß sie von der Regierung Maßnahmen erwarteten, „damit die bei der politischen Situation entstehenden wirtschaftlichen Folgen und Opfer nicht von den breiten Massen des Volkes allein oder überwiegend getragen werden müssen." Die Augusttage 1914 schienen wiederzukehren, schreibt Erdmann. Der Ruf nach einer „nationalen Einheitsfront" erscholl von neuem und die bürgerlichen Parteien forderten zu gemeinsamen Kundgebungen auf. „Aber die Arbeiter," erklärt er weiter, „kannten diese trügerischen Melodien und ließen sich nicht von ihnen betören." Die Gewerkschaften bestimmten die Taktik, mit der sie ihren Kampf im Westen zu führen gedachten, selbst; sie lehnten es ab, sich diese Taktik vorschreiben zu lassen durch jene „trügerischen Melodien". Sie forderten immer wieder einen ihrer Bedeutung als Kampftruppe entsprechenden Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung — und dieses gesunde Mißtrauen sollte durch die Tatsachen sehr bald seine Bestätigung finden."

Soweit klingt das alles furchtbar energisch. Wenn nun aber bewiesen werden soll, was mit diesem Aufwand gewerkschaftlichen Heldenmutes eigentlich erreicht wurde, dann geht die Karusselldrehorgel in eine wehmütig-sentimentale Melodie über. „Behüt dich Gott, es hat so schön gewesen — behüt dich Gott, es hat nicht sollen sein." So wird alles Schöne aufgezählt, was von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften „rechtzeitig gefordert" wurde, ein neues Reparationsangebot und rechtzeitige Stabilisierung der Währung. Aber nicht nur, daß diese gemeinsame Sippschaft von Unternehmern nicht auf den Rat der „wahrhaft Guten" hörte, nein, nachdem zum großen Schmerze der Gewerkschaften erfolgten Ruhrzusammenbruch ging es zum Angriff über. Es beging den „Landesverrat", sich zwecks Beseitigung des Achtstundentages an General Degoutte zu wenden, und von diesem Augenblick bis zu dem heutigen Skandal sieht selbst der „Vorwärts" eine gerade Linie. Trotzdem aber lobpreist er im letzten Absatz seines Artikels den „demokratischen Patriotismus", der „turmhoch über dieser Eigensucht steht" und „sein Ziel in der Freiheit und Wohlfahrt der arbeitenden Massen des Volkes erblickt."

Man tut dem Artikelschreiber vielleicht zu viel Ehre an, wenn man ihm diese kleidsam-heldenhafte Pose glaubt. Aber das Proletariat der SPD. möge sich einmal überlegen, was es mit der Phrase vom „demokratischen Patriotismus" auf sich hat. Er bedeutet für die Unternehmer, für das Kapital die pupillarische Sicherheit (Mündelsicherheit), die Arbeiterschaft jederzeit mit nationalen Phrasen wieder vor den Karren der Industrie spannen zu können — um so sicherer, je tiefer der im Dreck steckt. Und bei dem Verzicht auf jedes nicht durchaus legale Mittel, den die Gewerkschaften predigen, hat die Arbeiterschaft keine Möglichkeit, Forderungen dem Kapital gegenüber durchzusetzen. Ein anderes Vorgehen, selbst wenn es sich nur um die Erzwingung demokratischer Forderungen vor den gewünschten Diensten handeln würde, würden die Gewerkschaften sicher als „Erpressertaktik" bezeichnen. Das Verhalten der Industriellen von dem Gesuch bei General Degoutte bis zum heutigen Tage, müßte die Arbeiter darüber belehren, wie eine zielbewußte Interessenpolitik aussieht, und daß man diese nie mit dem, sondern nur gegen den Klassenfeind betreiben kann.

Aber die politischen Kinder stehen vor dem Karussel und staunen den fabelhaften weißen Elefanten an, ohne zu merken, daß dieses edle Vieh derselbe angestrichene Holzklotz ist, der seit 1914 bei allen Katastrophen trügerisch glitzernd wiederkehrt.

Demokratische Alltäglichkeiten

Die Luisenstädtische Genossenschaftsbank.

Ein altes solides Bankgeschäft, das mit der Gründung im Jahre 1897 einen sehr guten Ruf genoß. Von Staatskrediten war die Bank selbstverständlich ausgeschlossen und machte in der Inflation bankrott. Zwei Inflationsschieber erwarben die Firma und bebielten als Deckmantel die Genossenschaftsform. Sofort bekam sie vom Staat 5 (fünf) Millionen Goldmark gepumpt. Trotzdem selbst die Giro-Zentrale, ein amtliches Institut davor gewarnt hatte! Der Herr Dr. Adolf Borchard — Vorsitzender des Aufsichtsrats u. Geschäftsführer in einer Person! — ist „verreist"!!

Das Landesfinanzamt Groß-Berlin.

Zehn Berliner Zollbeamte, Oberzollinspektoren, Zollsekretäre, Zollassistenten sind ihrer Posten enthoben und gerichtliche Untersuchung gegen sie eingeleitet. — Spritschiebereien, Bestechungen.

„Bergwerks- und Brikettierungsgesellschaft."

Eine „Gründung" des Rechtsanwalts am Kammergericht Paul Fischer, brachte deshalb viel ein, weil sie nur auf dem Papier bestand. Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg verurteilte Fischer wegen Betrugs und Untreue zu 1 Jahr Gefängnis.

Wie bei uns.

Der Kassierer und der Inspektor der spanischen National-Telephon-Gesellschaft sind wegen Unterschlagung von mehreren Millionen Peseten verhaftet worden.

Ausland

NORWEGEN.

Der Reichsanwalt hat einen alten Gesetzesparagraphen ausgegraben und hat gegen die Führer der KPN., Arbejderparti (Tranmäl), gegen die Komm. Jugend-Organisation Anklage wegen Hochverräterei erhoben. Wird das Gericht in Oslo zu einer Verurteilung gelangen, so ist die Mitgliedschaft zu einer der genannten Organisation gleichgesetzt mit einer Anklage wegen Hochverrat. Die Führer sind in Haft genommen. Die Storthingsgruppe der KPN. und Arbejderparti droht mit Streik im Parlament. Olson von der KPN. und Tranmäl von der Arbejderparti sind hierauf freigelassen, sie sind Mitglieder des Parlaments. Die anderen brummen weiter, Nach Berichten der syndik. Zeitung in Oslo sind die beiden komm. Parteien nicht zu einer einigen Aktion zu bewegen, anläßlich des Angriffs der Reaktion. Die Zeitung der KPN. sucht vergebens eine Einheitsfront zw. KPN., APN. und der syndikalistischen Landesorganisation herzustellen. Der Reichsanwalt mit dem bekannten Namen Gröner richtet seinen Angriff hauptsächlich gegen die kommunistische Jugendorganisation.

Ehe und Scheidung in Sowjetrußland.

Die Londoner Zeitung „Daily Expreß" bringt über dieses Thema einen längeren Artikel eines ihrer Korrespondenten aus Moskau, der mit dem schönen Satz beginnt: Es ist leichter, in Moskau eine Scheidung zu erlangen, als in London die Erlaubnis zu erwirken, einen Hund zu halten. Die Eheschließung ist in Sowjetrußland mit keiner Art von Zeremonie verbunden. Wenn Sie, so heißt es in dem Artikel, wünschen, vor dem Gesetz Mann und Weib zu werden, gehen Sie einfach zur nächsten Zweigstelle der Moskauer Sowjetregistratur der Zivilakte und lassen Ihren Wunsch zu Papier bringen. Sie sind dann verheiratet. Es gibt keine demokratischere Einrichtung in Sowjetrußland als das sogenannte Ehekommissariat.

Wenn Sie eine seiner Zweigstellen betreten haben, zeigen Sie einem 17jährigen Mädchen an, daß Sie heiraten wollen. Ohne sich veranlaßt zu fühlen, Ihre Zigarette für einen Augenblick hinzulegen, zieht sie aus einem Schubfach ein kleines, braunes Formular, das außer den gebräuchlichen noch einige ungebräuchliche Fragen enthält, z. B.: Wie oft waren Sie bisher verheiratet? Wie wird die Adresse Ihrer Frau sein, wollen Sie zusammen oder getrennt leben? Welchen Namen, den der Frau oder des Mannes wollen Sie künftig annehmen? Dieses Formular ist in drei Minuten ausgefüllt; es wird eine Erklärung zweier Freunde über die Richtigkeit der Angaben hinzugesetzt, ein Rubel wird als Taxe auf den Tisch gelegt, und die Ehe ist geschlossen. Will man geschieden werden, so geht man einfach zu demselben Mädchen mit der Zigarette zurück und drückt das gegenseitige Verlangen nach Scheidung aus. Das Mädchen langt dann nach einem grünen Formular, füllt dessen Einzelheiten aus und setzt zu statistischen Zwecken die Bemerkung dazu: „Unvereinbarkeit der Temperamente."

Dann zahlt man drei Rubel. Man kann in Sowjetrußland heiraten und sich scheiden lassen, so oft man will. Es brauchen nicht einmal beide Parteien persönlich zu erscheinen. Es genügt, wenn der eine eine unterschriebene Einverständniserklärung des anderen mitbringt.

Ein Amazonenkorps in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika.

Eine Radioagentur erfährt aus Washington, daß vom Kriegsdepartement die Bildung eines Amazonenkorps ins Auge gefaßt ist. Nach diesem Plan soll den amerikanischen Frauen in dem Falle, wenn es die militärische Lage erforderlich macht, ein wichtiger Platz in allen Zweigen des Militärdienstes eingeräumt werden.

Die Amazonen sollen eine Sonderformation bilden und sich aus Freiwilligen rekrutieren. Möglicherweise soll der Oberbefehl über diese weiblichen Heere einer Generalin übertragen werden. Alle weiblichen Soldaten unterliegen derselben Disziplin und haben dieselben Pflichten wie die übrigen Soldaten. Kommentar überflüssig!

Das Weltkapital und die Weltbourgeoisie rüsten immer schärfer, trotz aller Friedenskongresse und Friedensbeteuerungen sozialdemokratischer Kleinbürger.

Deutschlands Kredithunger.

Auf Veranlassung der deutschen Regierung hat das deutsche Generalkonsulat in New York eine umfangreiche Untersuchung bei den leitenden Banken veranstaltet, um festzustellen, auf Grund welcher Bedingungen die deutschen Firmen Kredite bekommen können. Hierbei ergab sich, daß die deutschen Firmen mit beispielloser Planlosigkeit zu Werke gingen, welche die Schwierigkeiten zwecks Erlangung einer Anleihe erhöhten. Es kommt nicht selten vor, daß eine und dieselbe Bank von einer und derselben Firma von drei verschiedenen Seiten Anträge um Bewilligung einer Anleihe erhält und keine der drei Gesuche in einer solchen Form, daß die Banken sich ein zuverlässiges Bild über den Stand der anleihesuchenden Firma machen kann.

Man berechnet, daß im Laufe des Jahres 1924 nicht weniger denn 150 000 Anleihegesuche von deutschen Firmen nach Amerika gerichtet sind. Es wird hervorgehoben, daß nur solche Gesuche Aussicht auf Bewilligung haben, wo man damit rechnen kann, daß die Produktivität Deutschlands dadurch aufgehoben oder die Firmen imstande sind, die Rente und Amortisation pünktlich aufzubringen.

Den 29. Dezember wurde von Krupp 10 Mill. Dollar-Anleihe zum Kurse von 99,25 v. H. zu 7½ v. H. Rente aufgelegt. Das ist die erste deutsche Industrie-Anleihe, die seit Beendigung des Krieges aufgelegt und blieb am selben Tage überzeichnet.

Die Thyssen-Gruppe sucht eine Anleihe zwischen 10 bis 20 Millionen Dollar.

AEG. sucht eine Anleihe in ungefährer Höhe von 24 Millionen Dollar. (Politiken, 10. 1. 25.)

Plan eines deutschen Kohlen-Dumping.

Von französischer Seite behauptet man, daß das deutsche Kohlen-Syndikat zur Zeit einen Dumpingfond sammelt, durch dessen Hilfe „freie" deutsche Kohle auf dem französischen Markte ausgeboten werden soll mit der Absicht, der Erstattungskohle Absatzschwierigkeiten zu bereiten und damit den französischen Staat zu treffen.

Es wird weiter behauptet, daß die französische Regierung den gesamten Kohlenimport unter Kontrolle einer Zentralinstanz stellen will, die den gesamten Kohlenimport überwacht und den Verkauf leitet. Der Ueberschuß soll in einem Pool-Fond gesammelt und an die Käufer verteilt werden. (Politiken. 8. 1. 25.)

Amerikanische Dumping-Untersuchungen.

Wie man sich erinnern wird, erweckte in den verschiedenen Landen, die Untersuchungen der amerikanischen Behörden, die sich berechtigt fühlten, um Dumping zu entgehen, Bücher der exportierenden Firmen fremder Lande zu untersuchen, großes Mißvergnügen und stieß in einzelnen Fällen auf Widerstand. Wenn eine solche Firma sich weigerte, die Geschäftsbücher vorzulegen, so daß die amerikan. Kommission Abschriften davon nehmen konnte, so erhielt diese Firma kurzer Hand ein Einfuhrverbot. Hiervon wurde auch die deutsche Firma I. D. Riedel, Abtlg. Tetralinwerke, betroffen. Sitz der Fa. Berlin-Britz.

Die Sache ist nun derart geordnet, daß die amerikan. Behörden die Erlaubnis erhielten, 30 Fakturakopiere abzuschreiben, die den Beweis liefern sollen, daß der Exportpreis nicht unter dem Inlands-Verkaufspreise liegt.

Genossen! Haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

Mitteilungen

GROSS-BERLIN.

An die Ortsgruppen und Einzelmitglieder des Wirtschaftsbezirks Berlin-Brandenburg der AAUD. und KAPD.

Am Sonntag, den 1. März 1925, ist eine **kombinierte Bezirkskonferenz** der Partei und Union statt. Lokal ist im Rundschreiben bekannt gegeben. Jeder Ort hat einen Delegierten zu senden. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Referat über Union und Partei.
2. Bericht aus den Ortsgruppen.
3. Organisatorisches. Regelung der Ortsgruppen-Arbeit. Werbenummern. Heranziehung Sympathiesierender und früherer Genossen.
4. Verschiedenes.

Der Bezirks-Arbeitsausschuß.
I. A.: Der Obmann.

5. Unterbezirk (Friedrichshain). Freitag, den 13. Februar, Mitgliederversammlung an bekannter Stelle. Tagesordnung: 1. Wirtschaftsgeschichte als proletarische Klassenwissenschaft. 2. Bericht. 3. Bezirksangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im alten Lokal, Mitgliederversammlung. Die Genossen müssen pünktlich und vollzählig erscheinen.

19. und 20. Unterbezirk. Freitag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Lokal W. Schulz, Reinickendorf-West, Antonienstr. 61. Tagesordnung: Die Akkumulation des Kapitals. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

21. Unterbezirk (Nowawes). Mitgliederversammlung am Freitag, den 13. Februar, abends 7½ Uhr, im Lokal Gebauer, Wallstraße 62. Thema: Die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und die Arbeiterorganisationen.

An alle Gruppen der KAJD.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß die Nr. I der „Roten Jugend" umgehend abgerechnet werden muß, nur dadurch wird es möglich sein, die Februar-Nummer pünktlich erscheinen zu lassen. Bestellungen auf die Februar-Nummer sind sofort aufzugeben.

Genossen, erfüllt eure Pflicht!

R. A. A. der K. A. J. D.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Iszdonat, Berlin O 17, Lange Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 12

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Der trockene Putsch geglückt!

Die kommende „Volksgemeinschaft" in Preußen

Der frühere Reichskanzler Marx ist zum Ministerpräsidenten von Preußen gewählt worden. Nachdem im Reiche ein Rechtsministerium gebildet worden ist, das zur Hälfte aus Deutschnationalen besteht, muß Preußen selbstverständlich folgen. Marx hat sich an die Parteien gewandt mit der Aufforderung, eine „Volksgemeinschaft", einen Block von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, zu bilden. Die Sozialdemokraten haben schon früher ihr grundsätzliches Einverständnis mit einer solchen „Volksgemeinschaft" erklärt. Die bürgerlichen Rechtsparteien stehen zwar auf dem Standpunkt, daß sie die sozialdemokratischen Hausdiener nicht mehr gebrauchen, sie sehen aber in dem sozialdemokratischen Innenminister Severing einen im Niederschlagen des revolutionären Proletariats geübten und deshalb unentbehrlichen „Fachmann", den sie als Person gerne behalten möchten. Auch die Deutschnationalen haben ihr grundsätzliches Einverständnis erklärt; sie stellen aber einige Bedingungen für ihren Eintritt in die Regierung:

1. Christliche Jugenderziehung (d. h. obligatorischer Religionsunterricht in den Schulen) und Durchdringung des ganzen Volks- und Staatslebens mit Religion.
2. Aufrechterhaltung und finanzielles Eintreten für die christliche Kirche.
3. **Ablehnung des Klassenkampfgedankens.**
4. Pflege vaterländischen Denkens und tatkräftige Förderung der auf nationalem Boden stehenden vaterländischen Bestrebungen.

Vielleicht schluckt die Sozialdemokratie diese Bedingungen. Sie muß doch verhüten, daß alle ihre in den Staatsämtern sitzenden Funktionäre brotlos werden. Und es besteht die Gefahr, daß die Deutschnationalen ihren beiden Parlamenten bereits vorliegenden Gesetzentwurf, daß als Staatsbeamte nur Leute mit entsprechender Vorbildung zugelassen werden, durchdrücken und dann die Landrats- und Beamtenherrlichkeit der biederen Gewerkschaftsfunktionäre jäh zu Ende ist. Aber auch dieses neue zu Kreuze Kriechen wird ihnen nichts nutzen. Mag ihnen noch eine Galgenfrist von der Bourgeoisie gegönnt werden, es wird nicht lange dauern, dann werden sie von ihren Phytiastühlen heruntergejagt werden!

Der Untergang einer Gesellschaft

Am politischen Horizont zieht ein bunter Film vorüber, in den gemischtesten Variationen spiegelt er die Auswirkungen der kapitalistischen Gesellschaft wieder, für den, der sich zur größten Unordnung und befindet sich heute in einem chaotischen Zustande. Korruption, Schwindel, Demagogie, Sadismus, Perversität sind Tageserscheinungen der Profitwirtschaft. Der Spießbürger erschrickt, täglich liest er von Korruption, Affären, Börsenschwindeleien, Selbstmordepidemien und Mord. Er jammert über die schlechten Zeiten, vor allem über die schlechten Menschen, die früher ganz anders waren und kann die Dekadenz, in der wir leben, nicht begreifen. Es bleibt ihm nur ein Trost übrig, auf „bessere" Zeiten, das ist alles. Vielen Proletariern geht es ebenso, auch sie können die Zeichen der Zeit nicht enträtseln. Nur auf das Nichtverstehen der Verhältnisse, in denen wir leben, durch das Proletariat, ist es zurückzuführen, wenn die Arbeiterklasse heute so passiv eingestellt ist. Das Bürgertum kann nicht den Sumpf vernichten, den es selbst erzeugt, das ist geschichtlich der Arbeiterklasse überlassen. Nur wenn das Proletariat mittels der materialistischen Geschichtsauffassung die Verhältnisse analysiert, kann es einen Weg aus der sich im Zersetzungsprozeß befindenden Gesellschaft finden.

Nicht zufällig ist es heute so, daß täglich Schwindeleien und Betrugsmanöver entdeckt werden. Profit machen, setzt eben Ausbeutung, Wucher und Betrug voraus. Wohl gibt es gesetzlich anerkannten und nichtanerkannten Betrug. Dieses Ändert jedoch nicht das geringste daran, daß die kapitalistische Wirtschaft aus ihrem System all den Schmutz und Dreck bedingt, der sich heut auf der politischen Bühne abspielt. Die herrschende Klasse ist heute soweit mit ihrer Wirtschaft, daß sie selbst nicht mehr richtig weiß, wo der gesetzliche Betrug aufhört und der ungesetzliche anfängt. Was werden die Barmats, Kutisker, Wolff und wie die Schieber alle heißen, sein, ohne das kapitalistische System, ohne kapitalistische Produktionsweise, nichts. Die ganze besitzende Klasse besteht aus Barmats, denn ohne Ausbeutung, Schieberei und Betrug gibt es kein Profit und Besitz. Wer sich heute über die täglichen Schieberprozesse wundert, hat das Profitsystem noch nicht begriffen. Innerhalb der besitzenden Klasse ist durch die Dekadenz des Kapitalismus der Kampf entbrannt, zwischen den begabten und intelligenten Ausbeutern, denen anders kann man es nicht bezeichnen, wenn ein Teil der bürgerlichen Pressemeute sich moralisch über die Schiebereien entrüstet. Die industriellen Ausbeuter nehmen dem Proletarier die Arbeitskraft und Arbeit und münzen sie zum Profit. Eine andere Kategorie Ausbeuter zu der Barmat gehört, nehmen dem Staat die Steuergelder des Proletariats und münzen sie auch zu Profit. Beide Handlungen sind in der Auswirkung gegen das Proletariat dieselben. Das Proletariat kann sich nicht befreien, wenn es so tönicht ist und nur gegen die Handels- oder Schieberkapitalisten kämpfen, es muß gegen jede Gattung vom Kapitalismus kämpfen.

Der vielgepriesene „Wiederaufbau" entpuppt sich immer deutlicher als Phrase, der nur in der Phantasie existiert. Der Sumpf der bestehenden Gesellschaft wird immer kleiner, dafür breitet sich ständig weiter aus, zieht immer weitere Kreise. Eine alte Gesellschaft hat sich nie in der Geschichte in Wohlgefallen aufgelöst und selbst aus sich heraus eine neue geschaffen. Die alten gesellschaftlich überholten Verhältnisse gestatten wohl in sich neue Verhältnisse, doch müssen die Vollstrecker derselben vorhanden sein. Die Machthaber der heutigen Gesellschaft, die besitzende Klasse, kann kein Interesse an einer neuen Gesellschaft haben, die nur die kommunistische Gesellschaft sein kann. Krampfhaft hält die herrschende Klasse am Kapitalismus fest, da der Kommunismus für sie den sicheren Tod bedeutet. Die Lebensmöglichkeiten des Kapitalismus werden durch die eigene Entwicklung des Kapitalismus ständig begrenzter. Mit verzweifelter Anstrengung sucht der Kapitalismus neue Absatzmöglichkeiten, doch vergebens ist sein Bemühen, seine inneren Widersprüche steigern sich. Abbau auf der ganzen Linie. Mit anderen Worten, Verkleinerung seines Wirkungsfeldes. Ausnahmen bestimmen auch hier nicht die Regel. Aus diesem Krankheitszustand der Profitwirtschaft entspringen alle Fäulniserscheinungen, die ständig an unseren Augen vorüber ziehen. Tausende von Existenzen werden heute in den begrenzten Rahmen der Gesellschaft überflüssig. Wo sollen sie hin, wo bleiben sie. Nur vereinzelte nehmen sich durch Selbstmord das Leben, aus der besitzenden Klasse kommt keiner von den Überflüssigen auf Selbstmordgedanken. Kommunisten werden die wenigsten von den Überflüssigen der Gesellschaft. Alle aber wollen unter den alten Verhältnissen weiter leben. Da sie durch die bürgerliche Ideologie nichts anderes kennen. Betrachtet man von dieser Seite die heutige zersetzende Gesellschaft, dann wird es leichter sein, die Auswirkungen des lebenden Leichnams, kapitalistischer „Ordnung" genannt, zu verstehen. Ist es da verwunderlich, wenn die Bourgeoisie mehr zur Spekulation, Korruption und Schieberei Zuflucht nimmt, da die direkten Produktionsmöglichkeiten beschränkter werden. Die Bourgeoisie kann sich nicht selbst aufheben, sie trägt zur Genüge schon selbst durch ihre Selbstzerfleischung bei, doch die endgültige Beseitigung der Ausbeuterwirtschaft ist das historische Werk der unterdrückten Klasse.

Der Kapitalismus hat gerade nicht ehrenvoll seinen Platz an der Sonne erkämpft. Lüge, Betrug, Ausbeutung und Korruption waren stets seine Kampfmittel in der Geschichte. Die unterdrückte Klasse des Proletariats, die die bürgerliche Revolution vollführte, betrog er um ihren Sieg und raubte sich die Revolution zu eigen. Heute, wo das Kapital seinen

Neue Opfer des kapitalistischen Systems

Schlagwetter-Katastrophe auf der Zeche „Minister Stein" — 138 Tote!

Dortmund, 12. Februar (WTB.)

Das preußische Oberbergamt in Dortmund teilt mit: Auf der Zeche „Minister Stein" in Dortmund hat sich gestern, abends gegen 8 Uhr, eine folgenschwere Explosion ereignet. Sie hat an Opfern 138 Tote und 8 Verletzte gefordert. Zurzeit, Donnerstag, 3 Uhr, sind außer den Verletzten 95 Tote geborgen. An die übrigen Verunglückten, die zweifellos tot sind, ist noch nicht heranzukommen. Die Explosion ist entstanden im Südostfelde der Schachtanlage 3 und hat zwei Bauabteilungen in Mitleidenschaft gezogen. Es werden hier vier Flöze der mittleren Fettkohlenpartie gebaut. Drei weitere Flöze stehen in Vorrichtung. Explosionsherd und Explosionsursache können noch nicht festgestellt werden, da die Baue wegen der vorhandenen zahlreichen Brüche noch nicht sämtlich befahren werden konnten. Es ist das größte Grubenunglück seit der Radboder Katastrophe im Jahre 1909.

Genosse Stettermann, der an den Bergungsarbeiten von 8¾ Uhr abends bis 11 Uhr heute vormittag teilgenommen hat, berichtet, die Rettungsarbeiter hätten gegen große Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch die ungeheuren Bruchstellen würden die Bergungsarbeiten und der Transport der Opfer erschwert. An Seilen wurden die Toten von den durch die Explosion zerstörten Ausbruchstellen herausgeholt. Die Wagen sind an verschiedenen Stellen hoch aufgetürmt. Zwischen den Trümmern liegen die Leichen. In Flöz Rudolf wurden von Rettungsmannschaften gegen 4 Uhr morgens 17 Mann geborgen, unter ihnen der Betriebsrat Karl Ott. Durch Aufschriften bekundeten dieselben, daß sie um 11 Uhr noch gelebt haben. Die erste Aufschrift lautet:

„Es ist 10½ Uhr, wir sind 17 Mann, 2 haben abgebaut. Es blieben nur noch 15. Karl Ott."

Die zweite Aufschrift hat folgenden Wortlaut:

„Jetzt ist es 11 Uhr, wir wissen uns nicht mehr zu helfen. Karl Ott."

Eine andere Aufschrift an einer Latte lautet: „Es ist 10 Uhr. Wir leben noch."

Wie die Verschütteten durch Fingerzeige versuchten, ihre Rettung zu erleichtern, geht aus folgender Aufschrift hervor: „Wir sind neun Mann." Dazu ein Pfeil in der Richtung bergab nach der zweiten Sohle zeigend.

Die sechs Ueberlebenden, von denen heute noch nachträglich einer gestorben ist, wurden schwer betäubt aufgefunden. Erst den ungeheuren Anstrengungen der die Rettungsmannschaften begleitenden Aerzte gelang es, diese sechs wieder ins Leben zurückzurufen. Ein weiterer Ueberlebender, der sich durch seine Geistesgegenwart noch selbst retten konnte, indem er sich durch den Schwaden zum Schacht hinarbeitete, konnte allein nach Hause gehen. Erst heute morgen brach er auf der Straße zusammen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Wieder wurden einige Bergarbeiter tot geborgen. Hier und dort finden die Rettungsmannschaften die letzten Lebenszeichen der getöteten Kumpels. An einer Stelle stand mit Kreide geschrieben: „Mittwoch nacht sind wir noch am Leben." An einer anderen Stelle fand man auf einen Hut mit Kreide geschrieben: „Ich habe bis 11 Uhr gelebt." An einer dritten Stelle:

„Wir sind verloren, erkämpft für uns ein besseres Dasein, nicht uns an den Kapitalisten, an den Mördern."

Ueber die Ursache des Unglücks können folgende Meldungen Licht bringen:

Auf der Redaktion der „WAZ." erschien ein Maschinist und erklärte, er habe am Montag bereits Wetter in der Zeche „Minister Stein" festgestellt und der Verwaltung gemeldet. Trotzdem hat man erst am Tage darauf Maurer zum Verbauen des Gefahrortes geschickt.

Ferner berichtet ein Kumpel namens Schäfer folgendes:

„Die Unglücksstelle ist am 8. Februar aufgebrochen. Dort sind schon vor einigen Tagen starke Wetter festgestellt worden. Vorgestern ist schon eine Explosion in einer Ausbreitung von ungefähr 20 Meter Umfang gewesen. Ich begab mich nach dieser ersten Explosion, die sich vorgestern abspielte, zum jetzigen Obmann des Betriebsausschusses und machte ihn von dem Vorkommen Mitteilung. Der Betriebsobmann meldete dies auch der Firma, die aber ihrerseits angab, prüfen zu wollen, worum es sich handele."

Die Zeche „Minister Stein" gehört zur Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., eines der größten Stinnes-Unternehmungen. Nur auf die Profitsucht der Kapitalisten ist dieses Unglück zurückzuführen, die nicht schnell genug den Mehrwert aus den Knochen der Proleten herauspressen. Was scheren ihnen proletarische Menschenleben! Wenn nur ihr Profit recht hoch ist. Erst in der kommunistischen Bedarfswirtschaft wird man, unbelastet von Profitsorgen, genügende Sicherheitsmaßnahmen treffen, um derartige Unglücke zu verhüten.

Höhepunkt in der Geschichte schon überschritten hat, wirken sich folgerichtig seine Kampfmittel noch schärfer aus, als zum Beginn seiner „ruhmreichen" Aera. Alles, was nicht fest ideologisch ist, gegen den Kapitalismus, zieht er mit in seinen Schlamm hinein. Die bürgerliche Ideologie spiegelt deutlich den wirtschaftlichen und politischen Auflösungsprozeß der bestehenden Gesellschaft grell wieder. Wie eine rasende Pest zieht er alles in seinen Abgrund hinab, was nur ein wenig mit ihm kokettiert. Wie ist es sonst anders möglich, die heutige moralische Verfassung der Sozialdemokratie zu verstehen. Sie gaben 1914 dem Kapital den kleinen Finger und sind heute vollständig in den Mist und Dreck des Kapitalismus versumpft. Täglich bringt die Geschichte neue Schweinereien dieser einstigen Auch-Klassenkämpfer zutage. Sie trafen von Kapitalismus und müssen mit ihm zugrunde gehen. Der Ebert- und Auer-Prozeß mag für das Proletariat ein leuchtendes Menetekel sein. Es sind im Verhältnis zu ihren Machtungen nur kleine Lichtstrahlen ihrer Korruption, die vollständige Klarheit wird das Proletariat erst noch nach der Ergreifung der Macht erlangen, über die Kettenhunde des Kapitals. Ein warnendes Beispiel ist für die Arbeiterklasse auch die Zersetzung der KPD. durch die bürgerliche Ideologie. Was bedeutet sonst weiter das Geschrei: „Hinein in die Gewerkschaften"! oder: „Hoch die kommunistische Spitzfraktion". Dieser bürgerlichen Flammenflut muß das Proletariat einen Damm entgegensetzen und der kann nur das Selbstbewußtsein des Proletariats sein.

Die bürgerliche Kunst spiegelt ebenso klar wie die bürgerliche Oekonomie die Dekadenz der bürgerlichen Gesellschaft wieder. Nichts neues bringt die heutige Musik und Dramatik hervor. Sie zehrt vollständig aus der Vergangenheit. Das was sie heute schafft, entspricht der Perversität der heutigen Bourgeoisie. Jazzband, das ist der Rhythmus der Ausbeutersippe, die geschichtlich ihren Totentanz aufführt. Erotischer Kitsch in der höchsten Potenz zeigt, daraus bestehen die bürgerlichen „Bühnenkunst". Film des heutigen Theaters spielt die ordinärsten Hintertreppenromane, wie „Der letzte Mann". Auf Deutsch: vom Toilettenmann zum Milliardär. Sumpf und nochmal Sumpf überall, wo wir im Kapitalismus hinblicken. Was ist weit sich der Misthaufen, oder besser gesagt, die „Ruhe und Ordnung" noch steigern kann, können wir heute noch nicht ermessen, das hängt von dem Reifegrad der Arbeiterklasse und von der Erkenntnis ihrer Aufgaben ab.

Eins wissen wir jedoch, je immer das Proletariat sich passiv in dem Sumpf der kapitalistischen Gesellschaft verhält, umsomehr wird es mit in den Morast hineingezogen. Hier hilft kein moralisches Jammergeschrei, hier kann nur die revolutionäre Tat hilfebringend eingreifen. Hier kann nur die Gewalt die Geburtshelferin der neuen kommunistischen Gesellschaft werden. Das Proletariat muß einen scharfen Trennungsstrich ziehen zwischen sich und der Bourgeoisie, nur auf einer Seite kann es stehen. Diejenigen, die versuchen, auf beiden Seiten zu stehen, wie die SPD. und Gewerkschaften, auch zum Teil die KPD., werden mit in den Strudel des kapitalistischen Zerfalls gerissen. Das Proletariat ist geschichtlich gezwungen, auf dem Trümmerhaufen, den das Kapital hinterläßt, eine neue Welt, die Bedarfswirtschaft zu errichten. Je größer der Trümmerhaufen wird und er wird stündlich größer, umso schwerer ist der Aufbau der neuen Gesellschaft. Verkennt die Arbeiterklasse ihr historisches Werk, verharrt sie weiter in der Lethargie, so wird sie als erste unter dem Trümmerfelde, der sich im Untergang befindenden Gesellschaft begraben. Grausam nimmt das Kapital der ganzen Welt Rache an denjenigen Proletariern, die sich nicht friedlich dem Untergang weihen wollen. Täglich neue Prozesse gegen revolutionäre Arbeiter. In Estland Massenschlachten von Proletariern, ebenso auf dem Balkan. Wie weit soll wohl noch die Humanität des Proletariats gehen, gegen seine Feinde, das Kapital mit seinen Zuhältern. Die Worte „Kommunismus oder Untergang in der Barbarei" sind heute mehr denn je zutreffend. Das Proletariat muß sie endlich ernst nehmen und daraus die Konsequenzen ziehen. Nur ein Kampfmittel bleibt dem Proletariat übrig, die proletarische Revolution. Dieselbe setzt jedoch ein zielklares Proletariat voraus. Das soll unsere erste Aufgabe sein, das Proletariat selbstbewußt zu revolutionieren. Kampf zu führen. Noch triumphiert das Kapital in seinem eigenen Schmutz, noch können die Schmarotzer des Kapitals, die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Parvenüs, das Proletariat in seiner Lohnsklaverei niederhalten, doch nicht für immer. Schon macht sich am politischen Horizonte ein dumpfes Grollen des Proletariats bemerkbar, es ist das Wetterleuchten einer neuen Zeit. Der Tag wird kommen trotz alledem, wo das Proletariat richten wird über seine Ausbeuter mitsamt seinem sozialdemokratischen Geschmeiß.

Das Korruptionssystem

Argus Panoptes, der Allsehende der alten Griechen, würde sich eher seine hundert Augen und ohren, und alle Brillen der Welt zerschleifen, bevor er in diesem demokratischen System einen Einflußreichen entdecken würde, der nicht bestochen ist, sofern er nicht zu den Bestechern gehört. Man bedenke, was das bedeutet: Der höchste Beamte der Republik, der Reichskanzler des: „Deutschland über alles in der Welt", bezieht von notorischen Gaunern für seine Gegenleistungen tausende holländische (je 1000 Mark) Gulden, tausende Dollars, Millionen Mark, 6000 Dema-Aktien (Demaseife — Deutsche Margarinewerke A.-G. — die der Demokratischen Republik und Barmat gemeinsam gehörte und melkende Kuh für Parlamentarier war). Umsatzprovisionen (!), Zinsen für Kapitalien, die im Auslande für das Reich und das Kapital vermittelt wurden, und 200 Holländergulden (1 Gulden gleich 1,80 Mark) festen Sold jeden Monat! Daneben die zehntausende Goldmark jährlich ausmachende Reichskanzlerprämie aus den proletarischen Steuergeldern. Und es ist sehr fraglich, ob dies alles zusammen das Hauptsteinkommen des Herrn Bauer war. Einem Reichskanzler bleibt vermöge seines hohen Standortes auf dem demokratischen Turm so leicht kein — Erwerbssumpf unentdeckt. Nach der Erkenntnis von dem heutigen Stand des Korruptionssystems scheint es unfaßbar, aber es muß so sein. Die Bauerei wird nur eine Lappalie sein an den unterirdischen Vorgängen, die heute nur von Phantasiebegabten geahnt werden können: Herr Bauer ist nicht im Züchthaus. Mehr: Dieses demokratische System, das jeden hinter Schloß und Riegel setzt, der etwas für seinen knurrenden Magen stiehlt, hat keine Machtmittel oder nicht den Mut, diesen Ehrenmann auf Nummer Sicher zu bringen.

Bei dem sozialdemokratischen Ehrenmann und Bauer muß noch daran erinnert werden, daß er kurz vor Bekanntgabe dieser Tatsachen im Untersuchungsausschuß abstritt, überhaupt Vorteile von Barmat erhalten zu haben. Diese „Kleinigkeiten" wurden nur bekannt, weil über die Höhe der Bestechungssummen zwischen Ehren-Bauer und Ehren-Barmat Differenzen entstanden (siehe „KAZ." Nr. 10). Wieviel „Geschäfte" mag Herr Bauer erledigt haben ohne Differenzen? Da die Proletarier so leicht vergessen, möchten wir noch einen Vorfall streifen, der 3 Jahre zurücklegt. In einem Artikel des „Schnelldienst": „Panama der Sozialdemokratie", war führenden Sozialdemokraten Korruption vorgeworfen. Der Artikel begann mit den Worten: „Wer ist der 27jährige, bis dahin den weitesten Kreisen unbekannte Herr Kahn, (ein Sozialdemokrat wie Richter, Bauer, Sklarz, Barmat, Red.) dem der Riesenvertrag mit den „Deutschen Werken" und damit der mühelose Gewinn nahezu ungezählter Millionen in den Schoß gefallen ist." In den „Deutschen Werken" sind bekanntlich Sozialdemokraten im Aufsichtsrat, in der Direktion und in leitenden Stellungen. In einem Prozeß der Republik (!) gegen den betr. Redakteur waren die beschuldigten Sozialdemokraten als Nebenkläger aufgetreten, Zeugen waren ebenfalls Sozialdemokraten. U. a. Kahn selbst, Wels, Sklarz etc. Als Nebenkläger sagte der sozialdemokratische Abgeordnete Hoch aus: „Dies ist der schwerste Vorwurf, den man einem Abgeordneten machen kann, wenn man behauptet, daß er gegen die Interessen des Reiches bewußt gehandelt habe." Und Herr Bauer, der damals Minister war, warf sich in die Brust wie im Barmatausschuß und erklärte: „Ich halte es nicht für zulässig und ehrenhaft, als Volksvertreter Unsauberkeiten zu decken und muß auf restlose Aufklärung der ganzen Angelegenheit bestehen." Kämé also der alte Argus aus dem Olymp zu uns, die Sozialdemokratie und die ihr verwandten Parteien würden weiter blühen und gedeihen, aber von den Parlamenten würden wir erlöst werden.

Eine Selbstverständlichkeit, die wir schon zu Beginn des Staatsbankskandals ausgesprochen haben, läßt sich nicht mehr verschleiern. Auf Ansuchen eines Mitgliedes des Reichs-Barmatausschusses ist der Justizminister an diesen und an den Preußen-Barmatausschuß herangetreten mit der Bitte, die Tagungen bis Ende März einzustellen, da diese „Untersuchungen" eine Verdunkelungsgefahr bedeuten. Wer, fragen wir, könnte an diesem System ein Interesse haben, seine eigene Sache nicht zu verdunkeln? Die Proletarier ausgenommen; sie tappen schon immer im Dunkeln.

Die kleine Lüftung des Schleiers von einer kleinen wunden Stelle des Korruptionssystems hat noch mehr Früchte zur Reife gebracht. Die bei Nestriepke als Redakteur angestellten Sozialdemokraten haben den Antrag, in der letzten Sonntags-Nummer der „L. und H." zu bekennen, daß diese „Fälle" in Wirklichkeit keine Fälle mehr seien, sondern „eine Korruption und Demoralisation weitester Kreise, die ihre Gründe hat in den allgemeinen Umständen, in der besonderen Psyche dem einen „theoretischen Bonzendünkel", der kaum zu überbieten ist.

Die Frage der „Reife" der Verhältnisse jedenfalls wäre, wenn dräußer Unklarheit bestände, das wichtigste Thema der Erörterung für uns und alle, die ehrlich sich wegwerfend abgetan werden. „Die objektive" Reife ist gegeben; lediglich die „subjektive Reife (eben die des einzelnen) nicht", sagt Genosse H. Gorter. Die subjektive Reife haben wir doch zu schaffen. Fangen wir bei uns an! Das Proletariat und das Kapital stehen sich doch gegenüber, wie jene streitenden zwei Männer, von denen der eine im glücklichen Besitze eines Bluhundes war. Ebenso, wie der eine der Männer (der keiner Hund besaß) — erst den von seinem Gegner auf ihn gesetzten Hund niederschlagen mußte, bevor er demselben selbst an die Gurgel gehn konnte, ebenso muß sich das Proletariat erst auf den Bluthund des Kapitals stürzen, bevor es das Kapital selber erledigt. Der Hund des Kapitalismus ist nicht mal allein der heutige offiziöse Staat (der ist nur ein geringer Teil hiervon), sondern das ist vor allem der aktive konterrevolutionäre Teil des Volkes, des Groß- und Kleinbürgertums und selbst des Proletariats, der verhetzt(!), der sich um und in dem sogenannten Faschismus gruppiert. Ob die VSPD., die Gewerkschaften die KPD., den Kampf gegen die Gruppen führen, ist belanglos. Wir haben ihn zuerst zu führen. Und daß wir nicht nur bloße Produkte — (um schon mit Marx zu reden!) — sind, sondern auch Bestimmer — der Verhältnisse, das ist längstens unser geistiges Gemeineigentum.

Aber ja. Wenn die Revolution da ist, die Weltrevolution auch möglichst, der große Tag des Kampfes, da das Proletariat sein Geschäft in die Hand nimmt . . . . . Dieser Tag wird nicht kommen. Oder besser gesagt: er war schon längst da. Es ist nämlich kein Tag, der nach der Zeit gebunden, sondern eine Periode. Gar eine Periode, die das gesamte Menschensein von Anfang an geteilt. Und daß wir uns in Perioden der verschiedensten Art befinden, darüber in einer wichtigen — ja wichtigsten Periode befinden, darüber ist also auch keine Meinungsverschiedenheit.

Habt ihr euch aber schon vorgestellt, wie es sein wird, wenn das Proletariat dazu schreitet, die Macht zu übernehmen, die Diktatur der arbeitenden Klasse aufzurichten. Das kann doch — laut euren Worten — aber Nacht kommen. Wollt ihr dann abseits stehen? Doch nicht! Aber wie verträgt sich das mit eurer Stellungnahme — Ablehnung jedes, nicht von vornherein als aussichtslos erscheinenden Kampfes? Vor allem, Ablehnung des bewährten Kampfes, Beteiligung an Arbeiterwohlen usw.? Es sind die Arbeiterwahlen freilich in der Regel noch ohne Wert, sind bloß lediglich mehr oder minder straff zusammengeballte Gebilde, Organisationen, die sich auf die Betriebe stützen. Aber der Klassenkampf spielt sich nun einmal in Formen der Organisation ab. Der klassenbewußte, kampfwollende Prolet muß vor allem — organisatorisch denken. „In Kontinenten denken!" — wie sich mal

dieser Zeit. Zu dieser Erkenntnis ist dasselbe Stinnespapier gelangt, das zu den Milliarden Reichsgeldern, die das Schwerkapital durch die Inflation traf, bisher kein Wort zu sagen wagte. Das zu den 715 Goldmillionen, die das Reich den Stinnes und Konsorten zu Weihnachten als christliches Geschenk spendete, schwieg wie eine Polarnacht. Das den Kopf in den Sand steckte und nur noch das wollüstige Schweigen derjenigen sah, die „berufsmäßig" die Erwerbslosen„fürsorge" belästigten.

Als Marxisten haben die Beteiligten der Sozialdemokratie in kluger Vorsicht Ueberschwemmungsmaßregeln getroffen. Sie haben ihren eigenen „Barmatausschuß", für ihre eigenen barmatisierten Parlamentarier — wie er der Oeffentlichkeit gegenüber erscheinen soll. Wir wissen nicht, ob da gewürfelt oder gelost wird. Jedenfalls hat Herr Bauer sein Reichstagsmandat niederlegen müssen und Herr Richter ist würdig befunden, Polizeipräsident von Berlin zu bleiben.

Einige Alltäglichkeiten des Barmatschen Ausschusses sind noch erwähnenswert. Nach dem Prinzip „Haltet den Dieb", erklärt der Barmatsche Vertrauensmann, Herr Heilmann, „daß Barmat an Politiker und eine politische Partei (!) große Summen gegeben habe" und daß er „nicht lediglich aus Eitelkeit und Gemeinnützigkeit" handelte, sondern dabei „seine geschäftlichen Ziele im Auge gehabt habe." Auch an Abgeordnete der Deutschnationalen seien große Summen gezahlt worden. Von dem Juden und Sozialdemokraten! An deutschnationalste Monarchisten! Wie Herr Barmat selbst mitteilen läßt, hat er auch aus Holland „Liebesgaben" an „sehr angesehene Persönlichkeiten" geschickt! Das sind Richtlinien für die „Untersuchung". Wer ist nun eigentlich nicht bestochen?

Der Korruptionsherd der Reichspost wird immer deutlicher sichtbar. Die Kommen, die der Korruptionsminister, der ohne Gottesmann Hoefle, verschleuderte, werden tropfenweise ans Tageslicht gezerrt. Die Depositen- und Handelsbank A.-G. hat — soweit ihs jetzt bekannt ist, 10 Millionen Goldmark erhalten. Die „Bank" war ein überbelehntes kleines Winkelinstitut. Sie war vom Börsenbesuch und vom Devisenhandel ausgeschlossen. Ihre beiden „Direktoren", d. h. Inhaber, Wolpe und Klikotta waren allgemein als Schieber bekannt; in Finanzkreisen wurde vor ihr gewarnt, wurde sie wie die Pest, wie die Cholera gemieden. Der „Bank" bekam ein amtliches Empfehlungsschreiben, unterstempelt und unterschrieben vom Postminister Hoelle, vom Verkehrsminister Oeser und vom Reichskanzler Stresemann! Das Schreiben stellt ein Gesuch dar an den Börsenkommissar und an den Devisenkommissar, um die Zulassung zum Börsenverkehr und zum Devisenhandel zu bewirken. Börse und Devisenhandel stellen ein Prestige dar und sind der Ausdruck der Zuverlässigkeit für die Geschäftswelt. Beide „nachgeordneten" Beamte lehnten trotzdem ab und bezeichneten die Depositen- und Handelsbank als „Schieberbank". Nichtsdestoweniger erhielten die Schieber Millionen über Millionen von der Post. Nach Auszahlung von 5 Millionen auf einen Schlag rückten Wolpe und Kielkotta aus. Sie werden noch heute steckbrieflich gesucht.

Die Proletarier werden jetzt hoffentlich bald begreifen, weshalb sie seinerzeit von ihren Gewerkschaften abgehalten wurden, sich dem zehnprozentigen Lohnsteuerabzug zu widersetzen. Die tausende Kreuze, Staats- und Kommunaldesbamte die die Gewerkschaften gestellt hatten, sahen im Geiste den Goldstrom voraus, in dem sie sich nicht nur die Hände zu waschen, sondern zu schwimmen gedachten. Die Biedermänner haben sich nicht getäuscht; weder in dem Goldstrom noch in den Schlämmtöpfen.

Wann werden die Proletarier erkennen, daß „ihre" Gewerkschaften die Stufenleiter sind, auf der die Parvenüs zu den Kassenschränken emporkletterten? Wann werden sie erkennen, daß das Parlament — die Versicherungsgesellschaft der Schieber ist, die schmutzteichen Kapitalien, die dem Volkssteuern aus den Kundenkreisen der Staatsbank zurückgekauft zu haben. Aber er soll die Werte nicht in die Depots der Staatsbank eingeliefert, sondern für sich selbst verwandt haben. Die Papiere, die damals einen sehr geringen Wert repräsentierten und jetzt wieder ihm zu Minimalpreisen anzunehmen wurden, während der heutige Wert der Obligationen sehr große Summen betragen soll.

Der Bankbeamte Georg Müller aus Berlin und der Posthilfsschaffner Wilhelm aus München wurden vom Münchener Schöffengericht wegen umfangreicher Betrügereien, die dem Postfiskus einen Schaden von 700 000 Mark gebracht haben, zu drei und zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Neue Sumpfblasen

Korruption, Bestechung, Betrügereien im großen sind schon immer die Begleiterscheinungen einer morsterbenden Gesellschaft gewesen. Die bürgerliche Republik ist die Staatsform, in der der absterbende Kapitalismus sich auf diesem Gebiete am besten auswirken kann. Tagtäglich häufen sich die Skandale. Ein Ende ist nicht abzusehen. „Nehmen und geben lassen" ist die Devise der Staatsmänner der bürgerlichen Republik, ist die Devise der Parlamentsdiener aller parlamentarischen Parteien bis in die KPD. hinein geworden. Parlamentarismus korrumptiert. Aus der Fülle der Ereignisse der letzten drei Tage greifen wir nur folgende gravierende Tatsachen heraus:

Der frühere Reichspostminister Dr. Höfle erhielt eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter in Moabit. Die Vernehmung Dr. Höfles dauerte mehrere Stunden und endete damit, daß trotz der Bitte des früheren Ministers, ihn auf freien Fuße zu lassen, die Inhaftnahme Höfles ausgesprochen wurde.

Der Staatsanwalt Pelzer erschien gestern nachmittag zweimal in der Privatwohnung Dr. Höfles, der aber beide Male nicht angetroffen wurde. Daraufhin wurde Dr. Höfle telephonisch gebeten, zu einer Vernehmung vor der Staatsanwaltschaft zu erscheinen. Dr. Höfle kam diesem Ersuchen auch nach. Bei seiner Vernehmung wurde ihm dann von Oberstaatsanwalt Linde eröffnet, daß er ihn verhaften müsse, da ungenscheinlich mehrere Fälle von passiver Bestechung vorlägen. Der Erlaß eines offiziellen Haftbefehls wurde dann sofort beim Landgerichtsrat Nothmann beantragt. Noch in der Nacht wurde der Richtlinien für die „Untersuchung". Wer ist nun eigentlich nicht bestochen?

Der Korruptionsherd der Reichspost wird immer deutlicher sichtbar. Die Kommen, die der Korruptionsminister, der ohne Gottesmann Hoefle, verschleuderte, werden tropfenweise ans Tageslicht gezerrt. Die Depositen- und Handelsbank A.-G. hat — soweit ist jetzt bekannt ist, 10 Millionen Goldmark erhalten. Die „Bank" war ein überbelehntes kleines Winkelinstitut. Sie war vom Börsenbesuch und vom Devisenhandel ausgeschlossen. Ihre beiden „Direktoren", d. h. Inhaber, Wolpe und Kilkotta waren allgemein als Schieber bekannt; in Finanzkreisen wurde vor ihr gewarnt, wurde sie wie die Pest, wie die Cholera gemieden. Der „Bank" bekam ein amtliches Empfehlungsschreiben, unterstempelt und unterschrieben vom Postminister Hoelle, vom Verkehrsminister Oeser und vom Reichskanzler Stresemann! Das Schreiben stellt ein Gesuch dar an den Börsenkommissar und an den Devisenkommissar, um die Zulassung zum Börsenverkehr und zum Devisenhandel zu bewirken. Börse und Devisenhandel stellen ein Prestige dar und sind der Ausdruck der Zuverlässigkeit für die Geschäftswelt. Beide „nachgeordneten" Beamte lehnten trotzdem ab und bezeichneten die Depositen- und Handelsbank als „Schieberbank". Nichtsdestoweniger erhielten die Schieber Millionen über Millionen von der Post. Nach Auszahlung von 5 Millionen auf einen Schlag rückten Wolpe und Kielkotta aus. Sie werden noch heute steckbrieflich gesucht.

Die Proletarier werden jetzt hoffentlich bald begreifen, weshalb sie seinerzeit von ihren Gewerkschaften abgehalten wurden, sich dem zehnprozentigen Lohnsteuerabzug zu widersetzen. Die tausende Kreuze, Staats- und Kommunaldesbamte die die Gewerkschaften gestellt hatten, sahen im Geiste den Goldstrom voraus, in dem sie sich nicht nur die Hände zu waschen, sondern zu schwimmen gedachten. Die Biedermänner haben sich nicht getäuscht; weder in dem Goldstrom noch in den Schlämmtöpfen.

Wann werden die Proletarier erkennen, daß „ihre" Gewerkschaften die Stufenleiter sind, auf der die Parvenüs zu den Kassenschränken emporkletterten? Wann werden sie erkennen, daß das Parlament — die Versicherungsgesellschaft der Schieber ist, die schmutzteichen Kapitalien, die dem Volkssteuern aus den Kundenkreisen der Staatsbank zurückgekauft zu haben. Aber er soll die Werte nicht in die Depots der Staatsbank eingeliefert, sondern für sich selbst verwandt haben. Die Papiere, die damals einen sehr geringen Wert repräsentierten und jetzt wieder ihm zu Minimalpreisen anzunehmen wurden, während der heutige Wert der Obligationen sehr große Summen betragen soll.

Der Bankbeamte Georg Müller aus Berlin und der Posthilfsschaffner Wilhelm aus München wurden vom Münchener Schöffengericht wegen umfangreicher Betrügereien, die dem Postfiskus einen Schaden von 700 000 Mark gebracht haben, zu drei und zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Freitag, den 20. Februar 1925

Allgemeine Mitgliedern-Versammlung Groß-Berlin

in Bockers-Festsälen, Weberstr. 17

Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist Pflicht!

Der Direktor der Reichsbankstelle Lauenburg in Pommern wurde auf einen Haftbefehl des Untersuchungsrichters in Bochum verhaftet.

*

Polizeipräsident Richter, die SPD.-Größe, ist von seinem Posten „beurlaubt" worden.

*

Diese herausgegriffenen Beispiele zeigen deutlich den Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft. Minister, hohe Staatsbeamte, Polizeipräsidenten, also die „prominentesten" Stützen der Gesellschaft, alle werden sie in diesen Wirbel der Korruptionsfähren hineingezogen. Es sind aber nur einige. Die ganze bürgerliche Gesellschaft, der ganze Staatsapparat arbeitet nach dem Prinzip der offenen Hand. Es wird Zeit, höchste Zeit, daß das Proletariat mit eisernem Besen ausfegt. Korruptionssumpf, kapitalistische Gesellschaft, parlamentarisches System, sind alles nur Glieder derselben Kette. Das Proletariat muß sich aus eigenen Kräften aufraffen und diese Sklavenkette zerreißen.

„Die Sozialdemokratie im Kampf"

Eine „Vorwärts-Sonderausgabe" übersäte am Sonntag und Montag, den 9. Februar die Straßen Berlins. Ueberschrift: „Die Sozialdemokratie im Kampf".

Jawohl, sie befindet sich in einem Kampf und zwar lediglich um ihre Existenz willen. Mit aller Gewalt versucht sie den Erstickungstod in der kapitalistischen Schlammflut zu entgehen. Sie spekuliert wie immer auf die Vergeßlichkeit der Massen. Auf den ganzen Segen einzugehen ist völlig zwecklos, wir wollen nur ein solch Beispiel hervorgreifen.

In Bezug auf die vordem privilegierten Klassen-Junker, Besitzende und hohe Bürokratie steht folgendes:

„Aber diese privilegierten Klassen sind es eben, die uns in Grund und Boden regiert haben. Als sie an der Macht waren, gerieten wir in den ungeheuren Krieg und verloren ihn. Darum brach ihre Herrschaft zusammen."

Schuld der Sozialdemokratie ist es jedenfalls nicht, daß dieser ungeheure Krieg verloren gegangen ist für die deutsche Bourgeoisie. Sie hat so lange wie möglich versucht, die Herrschaft dieser privilegierten Klassen zu stützen. Um dem entwillen trat die Sozialdemokratie, auch wohl am 4. Oktober 1918, in die Regierung der privilegierten ein.

Weitaus vorzüglich wurde Exellenz und Minister. Wer noch eine Vorwärtsnummer vom 2. Oktober 1918 hat, der lese:

„Jetzt wurde zum neuenten Male Sturm geblasen. Zur neuen Offensive des Geldes. Für Pflichterfüllung bis zum Aeußersten. — Darum Zeichne."

Jetzt aber die Helferdienste während der Kriegs- und Nachkriegszeit wollen nun diese privilegierten sie nicht mehr in der Regierung haben. Sie erhalten den Fußtritt eines Knechtes.

Der Sozialdemokratie, die immer für das kleinere Uebel war, passieren nun mehrere solcher kleinen Uebel.

Zu gerne nennt sie sich die Partei der arbeitenden Klasse. Aber dem Einfluß innerhalb der arbeitenden Klasse schadet es wohl doch erheblich; wenn man vor der Oeffentlichkeit manchmal sagen muß, was man sonst lieber verschwiegen hätte. Der Magdeburger Prozeß, sowie der Auer-Prozeß verursachen der SPD. nicht soviel Schmerzen wie der Barmat-Skandal. Denn die Geldangelegenheiten in solchen Fällen springen den Proleten leichter in die Augen. Es ist für die SPD. unangenehm, wenn Heilmann als Aufsichtsratsmitglied Barmat's sagen muß, daß Barmat 15 000 Mark für das Köpenicker Parteiblatt gab, für die Wahlen 20 000 Mark innerhalb der letzten 6 Jahre ungefähr 50 000 Mark zusammen. 300 000 Mark hat die Gewerkschaftsbank Barmat Kredit gegeben auf kurze Zeit. Wenn die Proleten bei diesen Dingen an zu grübeln fangen, dann wird ihnen manches klarer, was ihnen solange schleierhaft war. Und das muß man unter allen Umständen verhindern. Daher dieses Geschrei, um zu verdecken, daß man vor der Oeffeptlichkeit selber sagen muß, wie tief die Wurzeln der SPD. in der kapitalistischen Schlammflut liegen, aus welcher sie nicht heraus kann, da sie sonst vertrocknen würde. Sorgen wir dafür, daß sie diesem Erstickungstode sobald wie möglich erliegt. Je eher diesem Erstickungstode sobald wie möglich erliegt. Je eher Kapital und Arbeit. Platz brauchen wir für diesen Kampf.

Ausland

Die Lage Dänemarks im Jahre 1924

a) politisch. Seit April 1924 ist Dänemark mit einem „sozialistischen" Ministerium gesegnet. Dasselbe steht auf schwachen Füßen, da es von der Unterstützung der Radikalen (bürgerlichen Demokraten) abhängig ist. 75 sozialdemokratische und radikale Stimmen stehen 73 Stimmer der Konservativen und Agrarier gegenüber.

Nun wird die Frage gestellt werden, was hat in den verflossenen 8 Monaten dieses sogenannte „Arbeiter"-Ministerium geleistet; wie hat es sein Wahlversprechungen und sein eigenes Programm erfüllt. Setzt man für „dänisches" Ministerium „deutsches" Ministerium, erinnert sich des Verrates, der Lakaiendienste gegenüber dem Bürgertum und dem Kapital, der bewußten Täuschung der arbeitenden Massen seitens dieser deutschen, sozialistischen, ministeriellen Kapitalistendiener, so hat man ein genaues Bild der Tätigkeit des dänischen „sozialistischen" „Arbeiter"-Ministeriums. Bei der sprichwörtlichen Schaftsgeduld der dänischen Arbeiter, kann der Verrat des Sozialismus in aller Oeffentlichkeit vor sich gehen. So grobe Geschütze, wie Ebert und Noske-Gallifet sie gebrauchten, bedürfen hier keiner Anwendung. Wo alles hübsch artig ist wie in einem Kindergarten, bedarf es der Anwendung der Rute nicht. Ein bißchen räsonieren schadet nichts. Wir leben doch in einem Lande des idyllischen Demokratismus, beinahe im Lande Utopia.

Die bürgerlichen Blätter bringen Berichte über Vorgänge an den Börsen in Stockholm, Kristiania, Kopenhagen, Helsingfors, demzufolge eine wilde Hausse in Industriepapieren eingesetzt hat, die das Maß der wildesten Kriegsspekulation überschreiten soll.

Gehen wir davon aus, daß der Weltkapitalismus sich in seiner Todeskrise befindet, doch daß diese Krisis einen langsamen Verlauf mit auf- und absteigenden Kurven (gleich einer Fieberkurve) nimmt, so ist es nicht verblüffend, zu sehen, daß plötzlich an der Börse eine fieberhafte Tätigkeit entsteht, die Produktion keinen Stützpunkt findet. Wir sehen doch, daß die Länder über einen auf ungeahnter Höhe sich befindenden technischen Produktionsapparat verfügend, deren nationale Industrie und Finanzinstitute syndiziert, vertrustet und auch international in Konzerne verbunden, die Konkurrenz ihrer eigenen Mutterländer national und international mit Glück zu überwinden vermögen, hierdurch eine immer stärkere Position erringend, alles ausbeutungsfähige an sich reißend, auf ihrem Wege die Schwächeren erbarmungslos erdrosselnd.

Zu diesen Schwächeren gehören alle Länder, die eine gemischte Oekonomie haben, d. h. Bauernwirtschaft in entweder Großbesitz und Parzellenwirtschaft, verbunden mit Industrie, die noch im Zeitalter der Syndizierung lebt. Hierzu gehören die skandinavischen Länder, die Landwirtschaft, Handel und Schiffahrt und geringe Industrie treibende Länder sind. Dänemarks Landwirtschaft ist in seiner technischen Entwicklung, wie überall, zurückgeblieben. Die Industrie, jeder eigenen Rohstoffquelle entbehrend, ist abhängig von den industriellen Hauptländern. Die ökonomischen Verhältnisse prägen das Sein des Menschen und dadurch auch den jeweiligen Grad des Sein des Menschen und dadurch auch den jeweiligen Grad der politisch-gesellschaftlichen Entwicklung. Ein Mensch, der nur in der Sphäre kapitalistisch hochentwickelter Länder sein Leben verbracht, nach Dänemark kommend, wird sich fühlen, als sei er um hundert Jahre zurückgeworfen. Hier wird es schwer haben, sich zurecht zu finden. Dieser Tip wird es schwer haben, sich zurecht zu finden. Dieser über der gesellschafts-politischen Entwicklung Dänemarks liegende Präg ermöglicht dem sozialdemokratischen Ministerium sich an die Spitze des Staates zu stellen, eines Staates mit einer konstitutionellen Verfassung, die anscheinend demokratischen Charakter hat.

Unsere taktischen Widersacher aus dem kleinbürgerlich-proletarischen Lager, die Reformisten, nennen uns wegwerfend „Strategen der Niederlagen". Aber nur im Kampf kann das rev. Proletariat erstarken, kann es mit seiner revolutionären Macht erhalten und entwickeln, wie die Möglichkeit des Sieges, auch die Möglichkeit der Niederlagen in sich. Und die Niederlagen sind ein wesentliches Moment sogar zur Belebung des Klassenkampfes. Sie sind notwendig sogar. Sie sind notwendig für den Sieg. Vorausgesetzt, daß wir brauchen der Tasche wegen ihrer Lüge und Hetze, Korruption und Demagogie entkleidet werden kann, sondern nur durch die eigene Presse des revolutionären Proletariats mit Erfolg bekämpft wird. Also, was soll es, über „Militarismus", gar „Soldatenspielerei" und dergl. zu zetern, wenn man selber doch vorgibt, kein „Pazifist" zu sein? Der „Militarismus der Herrschenden" kann nun mal nicht anders, denn durch den Militarismus der Unterdrückten gebrochen werden. Wie unser Militarismus aber beschaffen sein wird, das liegt auch bloß an uns. Und ich habe gerade leider die Erfahrung machen müssen, wie wenig die Genossen zum aktiven Kampf geschult sind. Daran — an dem aktiv-kämpferischen Unversmögen sind wir bisher in der Regel gescheitert. Und sofern keine Aenderung hierin angestrebt wird, werden wir noch oftmals scheitern. Denn mit einer unzusammenhängenden Horde von disziplinlosen Proleten kann ein Bourgeois-Leutnant, der eine entsprechende Anzahl gekaufter Knechte befehligt, bequem fertig werden. Sind diese Knechte mit ihrem Herrn einig, d. h. in der von ihnen gewollten Disziplin zum gemeinschaftlichen Handeln verbunden, so werden sie siegen, mögen die Proleten auch das 100-fache an Zahl, wie an Mut, an idealem Wollen und dergl. ähnlichen Gefühlsduseleien voll beseelt sein. Gerade wir, die wir der Hort und Stoßtrupp der Revolution, der Vortrupp, der Stoßtrupp des Proletariats sein wollen, müssen uns das klar vor Augen halten und — darauf einstellen!! Was ist aber: Eure Genossen, eure Funktionäre nehmen nicht den geringsten Anteil an den Rüstungen der Konterrevolution. Sie zeigen absolut nicht das geringste Interesse für die Möglichkeiten der Organisierung, des eigenen Abwehr- oder Angriffskrieges, der doch letzten Endes ein bewaffneter sein muß. Unsere Angriffe sind ja schließlich auch nur Abwehr gegen den Gegner. Freilich, um etwas zu zu tun, müssen Genossen eben wollen. Dazu aber gehört Vorbereitung, Schulung, Arbeit, Organisation. Vor allem: Wollen — Wollen!! Solches Wollen ist aber zur Zeit bei euch nicht vorhanden. Ich finde nicht das geringste Verständnis oder nur Interesse. Von nichts ist nichts. Und von selbst kommt nichts. Ich rufe euch jetzt jedenfalls zu: Heraus aus der Passivität! Fort mit dem mißverstandenen Pazifismus! Aktivität!! — der Verhältnisse, nicht bloße abwartende Lammproduktes!!

Freilich bedingt jede Kampfhandlung Opfer. Und nie kann man bei Aktionen voraus sagen, daß es die letzten sein werden, ein gewiegter englischer Staatsmann ausgedrückt hat, der Erfolge seiner Art sehr wohl aufzuweisen hatte. Der Prolet muß über seine kurze Nase den Blick weiten. Er muß also so oder anders Opfer ähnlicher Art bringen. Wie seine Gegner nehmen und gebrauchen. Denn mit der bloß-religiösen Menschenliebe allein kann man nicht gegen Maschinengewehre, Minenwerfer, Schnellfeuerkanonen, Tanks, Bombenflugzeuge, Giftgase, Festungen, Kriegsschiffe usw. an. Ebenso wenig die demokratische Presse nicht mit der gebalten Faust in der Tasche wegen ihrer Lüge und Hetze, Korruption und Demagogie entkleidet werden kann, sondern nur durch die eigene Presse des revolutionären Proletariats mit Erfolg bekämpft wird. Also, was soll es, über „Militarismus", gar „Soldatenspielerei" und dergl. zu zetern, wenn man selber doch vorgibt, kein „Pazifist" zu sein? Der „Militarismus der Herrschenden" kann nun mal nicht anders, denn durch den Militarismus der Unterdrückten gebrochen werden. Wie unser Militarismus aber beschaffen sein wird, das liegt auch bloß an uns. Und ich habe gerade leider die Erfahrung machen müssen, wie wenig die Genossen zum aktiven Kampf geschult sind. Daran — an

tisch, es zuließ, daß die ehemals auf schwachen Füßen stehende Monarchie heute fester denn je dasteht. Dieser selbe Präg gibt uns auch den Schlüssel zu der so wenig entwickelten Klassen-Erkenntnis und -Bewußtsein des dänischen Arbeiters. Mit Stoizismus geht der Arbeiter alljährlich in eine dreimonatliche Aussperrung, aus welcher er jedesmal als Geschlagener heimkehrt. Er weiß sehr wohl, daß die Herren Partei- und Gewerkschaftsbesitzer ihn am grünen Tische verkuhhandeln, er schimpft in sich hinein und — es bleibt alles beim alten.

Die Schwierigkeiten der dänischen Industrie werden sich, nachdem die Wirkungen des Dawesplanes sich erst in ihrer vollen Auswirkung zeigen werden, insbesondere die Dumpingversuche Deutschlands, ungeheuer vermehren. Dieses haben die Politiker der in Wirklichkeit herrschenden Rechtsparteien früh genug eingesehen und der Sozialdemokratie den Platz eingeräumt und ihnen die Verantwortung für die Führung des Staatsschiffes aufgebürdet. Bisher sind die Auftraggeber des Herrn Stauning auch sehr, sehr zufrieden mit ihm.

Das Organ der Konservativen „Berlinske Tidende" drückt seine Zufriedenheit wie folgt aus:

„Das Ministerium Stauning ist als ein Unglück für das Land bezeichnet worden. Das ist zuviel gesagt. Auf der anderen Seite wird jedoch dieses Ministerium der Sozial-Demokratie nicht zum Glück gereichen, welches bürgerlich gesehen, ein annehmbarer Grund, diesem nicht zu energisch nach dem Leben zu trachten, so lange dieses versucht versucht seine Prinzipien in die Tat umzusetzen und gefährliche Experimente zu beginnen.

Dazu muß es kommen. Veranlassung kann allein bereits das Gesetz über die Betriebsräte geben". (Berl. Tid. 1. 1. 25., Nr. 1.)

Also ein vom Ministerium Stauning vorgelegter Entwurf eines harmlosen Betriebsrätegesetzes, der den Arbeitern nicht einmal das gewährleistet, was es bereits besitzt, veranlaßt die Reaktion die Zähne zu zeigen. Wer das deutsche Betriebsrätegesetz in all seiner Harmlosigkeit (abgesehen von den Fesseln) kennt, macht sich keinen Begriff, um wieviel harmloser und zahmer diese Stauning-Borgbjergische Harmlosigkeit ist, die man verschämt Betriebsrätegesetz nennt.

Verständlich ist, daß unsere heimischen Moskau-Reformisten demagogisch das Gesetz als eine Fratze eines Betriebsrätegesetzes bezeichnen, um im selben Augenblicke zu behaupten: Ein Fortschritt trotz alledem, auf dem man weiter bauen kann. Es geht doch nichts über einen Revoluzzen, wenn auch im Schafsgesicht.

Die meisten Vorschläge des Entwurfs haben die Arbeiter sich bereits errungen, es bedeutet daher der Entwurf nur ein gesetzliches Festlegen des bereits Bestehenden. Doch Stauning rechnet so: Ist erst eine gesetzliche Festlegung erfolgt, so ist es den Arbeitern ungeheuer erschwert, über diese gesetzliche Festlegung hinaus, neue Verbesserungen ihrer Arbeitsrechte zu erringen. Der Kampf der Reaktion und ihre Drohung das Ministerium evtl. zu stürzen, sind Scheingefechte mit Theaterdolchen. Letztere sieht darum so grimmig drein, um in der Arbeiterschaft den Glauben zu erwecken, wunder was für einen sozialen Fortschritt diese sich erringt. Je heftiger die Reaktion sich sträubt, je besessener sind die Arbeiter darauf erpicht, einen vermeintlichen Sieg zu erringen und — die Reaktion ist der lachende Dritte, freut sich diebisch, die Arbeiter von weiteren und radikaleren Forderungen durch ihren vermeintlichen Widerstand abgehalten und sie gründlich eingeseift zu haben.

Die Herren Stauning — Borgbjerg rühmen sich, das deutsche Betriebsrätegesetz als Muster (ohne Wert, natürlich) ihrem Entwurf unterlegt zu haben. Traurige Gestalten! Sie wollen es natürlich nicht wahr haben, was der Vorsitzende des dänischen Arbeitgeberverbandes erklärte: Dieser sagte als Einwand gegen den Entwurf:

„Die Erfahrungen der deutschen Industrie beweisen es hinlänglich, daß der moderne Arbeiter für das Mitbestimmungsrecht am Betriebe nicht reif ist. Was ist vom deutschen Betriebsrätegesetz in Wirklichkeit übrig geblieben? Nichts. Die Arbeiter haben die ihnen gewährten Rechte nicht ausgenutzt, weil ihnen jedes Interesse am Betriebe abging. Niemand kümmert sich mehr um das Gesetz (!!!)".

*

Etwas anders verhält es sich mit dem soz.dem. Entwurf einer Justizreform. Hier handelt es sich um eine schnöde Liebedienerei und erzreaktionäre Schurkerei gegenüber der Bourgeoisie. Eine Zuchthausvorlage à la Lex Heinze, die jede Agitation, Streik, Organisation auf der Grundlage des unverfälschten Klassenkampfes unmöglich macht. Eine legale Arbeiterbewegung, die es ernst mit der Befreiung des Proletariats nimmt, ist verdammt in die Illegalität zu versinken. Bürgerliche Organe erklärten offen, daß Herr Stauning und sein Justizminister offenbar zu weit geschossen, weiter als die Bourgeoisie es verlangt. Wahrscheinlich hat sich dieser Rakkerkerscht von Sozialdemokrat, der sich auch bereit zum Henkersknecht entwickeln wird, das Vorbild seiner deutschen Glaubensbrüder von der Moskauer Fraktion zum Muster genommen (siehe Meyer, Koenen und Gen. zum Republik-Schutzgesetz). Strafbar ist, wer in Tat, Wort und Bild, Schrift usw. revolutionäre Agitation treibt, die die gesetzliche Ordnung des Staates gefährdet usw.

Der Sozialdemokratie wird himmelangst vor dem Produkt ihres Geistesheroen und sie ruft einen anderen juridischen Geisteshero aus der sozialdemokr. Kloake, einen Professor Dr. jur. X. herbei, der in den Spalten des „Sozialdemokraten" das Produkt ihres Ministerkollegen in Grund und Boden verdammen muß. Welcher Eiertanz. Rechts und in der Mitte Hohnlächeln. In den eigenen Reihen Ohrfeigen. Ganz links, bei den Moskauer Reformisten — diebische Freude. Besorgen doch die Staunings die Geschäfte der Pseudo-Kommunisten-Revolutionäre. Kommen letztere in die Illegalität, haben diese es geschafft. Sie leben von den Fehlern ihrer zukünftigen heißunworbenen Bundesgenossen. Aber auch diese reaktionären Narrenstreiche der Reformisten, werden dazu dienen, den Klassenkampf zu beleben und die Arbeiter aus ihrem Dornröschenschlaf aufzuschrecken.

Auch auf religionspolitischem Gebiete reagiert die „Stauningsche „Arbeiter"-Regierung gehorsamst den Winken der kapitalistischen Mächte. Da der Millionär-Bischof Bast der Methodistensekte Skandinaviens und der russ. Grenzstaaten wegen Verdachts der Unterschlagung von Millionen Geldern, der öffentlichen Wohltätigkeit gehörend, verhaftet wurde, setzten „Wallstreets" Bankmagnaten alles in Bewegung (Die amerikan. Finanzkönige gehören z. zr. T. der Methodistensekte an) um ihren geliebten Bruder in Christo zu befreien. Diese drohten mit einem offiziellen Schritt der Botschafter der USA. in Kopenhagen. Hui! Das wirkte. Stauning braucht Dollars, um seinen Etat im Gleichgewicht zu bringen. Wer unartig ist, dem verschleift der Herr Banquê seinen Tresor. Herr Stauning, als getreuer Diener seiner kapitalistischen Auftraggeber öffnete flugs die Tore des Gefängnisses. Herrn Staunings Anleihepläne sind gerettet — vorläufig.

Da wir uns nun einmal nach Amerika verirrt haben, ist es ein Aufwaschen, wenn wir hier gleich erwähnen, daß die amerikan. Kapitalisten die Einfuhr dänischer landwirtschaftlicher und industrieprodukte gestatten wollen, wenn die dänische Geschäftswelt gewillt ist, sich unter amerikanische Geschäftsaufsicht zu begeben und einer amerikanischen Experten-Kommission die Einsicht in die Bücher gestatten will. Große Empörung in den Kreisen der Exporteure. Aber was hilfts? Die Entwickelung geht nun einmal seinen Gang, diese fragt nicht nach Recht noch Unrecht. Der Profit ist maßgebend.

(Fortsetzung folgt.)

An die Mitglieder der Einheitsorganisation!

Genossen! Am 27. Februar veranstaltet die Kommunistische Arbeiterpartei **öffentliche Mitglieder-Versammlungen** in untenstehenden Lokalen, zu denen Ihr hiermit eingeladen seid. Die Tagesordnung lautet: **„Die Aufgaben des revolutionären Proletariats".** Der Zweck der Versammlung ist, eine **politische Aussprache** zwischen den Mitgliedern beider Organisationen herbeizuführen. Erscheint recht zahlreich in dem Euch zunächst gelegenen Versammlungslokal; gleichzeitig, ob es Eure „Instanzen" erlauben oder nicht. Ihr selbst habt doch zu entscheiden!

Die Versammlungen finden am 27. Februar, abends um 7 Uhr in folgenden Lokalen statt:

Norden: Fränzel, Reinickendorfer Straße 42.
Nordosten: Paries, Hufelandstraße 32.
Osten: Boekers Festsäle, Weberstraße.
Süden, Neukölln: Kottbuser Krug, Kottbuser Straße 19.
Oestliche und südöstliche Vororte: Köpenick, Rosen-Ecke Kirchstraße, Lokal Augustin.
Westliche und südwestliche Vororte: Schönemann, Schöneberg, Sedanstraße 20.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands.
Bezirk Groß-Berlin.
Arbeitsausschuß.

„Fortschritte" in Rußland.

Die russische Telegraphenagentur meldet: „Das russische Finanzkommissariat hat angesichts der in den letzten Jahren durch die Raffinerieunternehmungen des Trusts Uralplatin errungenen Erfolge, die ihn instand setzten, Platin von jeder Güte auf den Weltmarkt zu liefern, beschlossen, daß der Trust selbständig auf den ausländischen Märkten auftreten und sich unmittelbar mit den Unternehmungen in Verbindung setzen soll, die Platin in Fabrikate und Halbfabrikate verarbeiten. Durch die Beseitigung der Zwischenstellen hofft man, den Unterschied zwischen „Groß- und Kleinhandelspreisen zu vermindern."

Die „kommunistische" Presse, die sich der Kapitalismus Rußlands im Auslande zu seiner Interessenvertretung schuf, tut sich was zu gute, daß in Rußland der Außenhandel Staatsmonopol sei. Mit diesem Argument werden alle Hinweise bekämpft, daß die KPR. und die russische Regierung selbst den privaten Kapitalismus fördern. Die obige Meldung bedeutet aber nichts anderes, als daß dieses Staatsmonopol des Außenhandels durchbrochen ist. 'Platin ist ein wichtiger Handelsartikel Rußlands, auf den sich das ausländische Kapital zuerst stürzte.

Diese Durchlöcherung des staatlichen Außenhandels ist nur die folgerichtige Entwicklung der NEP. Andere müssen notwendig folgen. Bis Rußland sich auf den Auslandskapitalismus stützen kann, das westeuropäische Proletariat nicht mehr nötig hat und seinen ausländischen Preßlakaien den verdienten Fußtritt versetzen wird.

Katastrophenmeldungen aus Rumänien.

Der Ministerrat hat außerordentliche Beschlüsse gefaßt, die Ernährung der Bevölkerung sicher zu stellen. Die Ausfuhr von Weizen und Weizenprodukten ist verboten. Es sind Höchstpreise festgesetzt. Im Falle unzureichender Ablieferung der Landwirtschaft sind der Mühlen kann im Interesse der Ernährung der Bevölkerung und der Armee seitens des Staates zu Beschlagnahmungen geschritten werden bei Ueberschreitungen der festgesetzten Höchstpreise. Diese Maßnahmen sind am 15. Januar in Kraft getreten.

Diese Meldungen bedeuten die Offenbarung der Katastrophe des rumänischen „Siegerstaates". Rumänien ist Agrarstaat und der Weizenanbau war die Hauptverwerbsquelle des Landes. In der Vorkriegszeit wurden jährlich 150 000 Waggon Weizen ausgeführt. Durch seinen „Sieg" gegen die Zentralmächte ist das Vorkriegsrumänien mit 7 Millionen Einwohnern auf 131 000 Quadratkilometer bezügl. des Areals und der Einwohnerzahl fast um das Doppelte vergrößert worden. Die Rumänien zugesprochenen Länder (Siebenbürgen von Ungarn und Bessarabien von Rußland) sind ebenso Agrarländer, in denen der Weizenanbau vorwiegt.

Die schlechte Ernte des vorigen Jahres trägt nur zu einem kleinen Teil zu der rumänischen Katastrophe bei. Der Ernteertrag betrug im Jahre 1924: 637 kg; 1923 (ein außerordentlich gutes Weizenjahr): 1030; 1922: 950; 1921: 860; 1920: 850 kg pro ha. Die Krise muß im nächsten Jahre notwendig noch größere Katastrophe erzeugen. Im vergangenen Herbst sind 386 000 Hektar weniger mit Winterweizen bebaut als im Vorjahre; statt 2 683 000 ha im Herbst 1923, nur 2 297 000 ha. In Altrumänien allein wurden im Jahre 1914 2,1 Mill. ha mit Weizen bebaut, in den letzten Jahren nur 1,3 Millionen ha. Rund 1 Million ha fruchtbares Land, bester Weizenboden, der früher bestellt wurde, ist überhaupt unbebaut geblieben. In Altrumänien betrug in den Jahren 1919 bis 1923 der Rückgang außerdem noch pro ha 30,5 v. H. gegenüber der Jahren 1911 bis 1915.

Und die Ursachen dieses katastrophalen Niederganges der rumänischen Wirtschaft, deren Angelpunkt der Weizenanbau ist resp. war? Die rumänische Bevölkerung, die in ihrer Mehrzahl aus Kleinbauern besteht, hat versucht, der Entwicklung zu entgehen. Es hat eine Agrarreform stattgefunden derart, daß der Großgrundbesitz aufgeteilt und den kleinen Bauern zugeschlagen wurde. Was es heißt, die Landwirtschaft in ihrer Industrialisierung zu unterbrechen und in einen vorgeschichtlichen Zustand zurückzuschrauben, zeigen die obigen Zahlen mit erschreckender Deutlichkeit. Der rumänische Großgrundbesitz arbeitete mit modernen Maschinen und nach wissenschaftlichen Methoden, soweit dies im Kapitalismus überhaupt möglich ist. Das kleinbäuerliche Element ist rückständig und unfähig und arbeitet mit alten primitiven Mitteln. Die Gesamtfläche Rumäniens dürfte zur Hälfte dem landwirtschaftlichen Fruchtbau dienen. Denn das Land ist z. T. bewaldet, zu einem großen Teile nichtanbaures Gebirgsland und unproduktive Flächen. Der unbebaute, fruchtbare Boden beträgt demnach zu 13—14 v.H. des Ackerlandes! Bis 15. Dezember 1924 waren 5 794 505 ha enteignet. Davon waren schon zugeteilt: 2 921 600 an 1 126 220 Bauern; 729 259 ha. wurden für Gemeindewaldes bestimmt, 1 307 994 ha. sind noch nicht zugeteilt, noch in Benützung der Großgrundbesitzer, der Rest ist Wald und ist Eigentum des Staates und der Gemeinden geworden.

Am stärksten fand die Enteignung in den neu zu Rumänien gekommenen Ländern statt, z. T. waren nationale Gesichtspunkte maßgebend. Man wollte die neuen „Eintentanen" köbern, um ihre Opposition zu brechen. Des weiteren ist damit der Revolutionierung des unbemittelten Landvolkes durch ein Riegel vorgeschoben und eine Trennung vom Industrieproletariat vollzogen, da hunderttausende durch Landzuteilung zu Besitzern gemacht wurden. Das Agrarprogramm der bürgerlich-rumänischen Regierung ist also genau dasselbe, wie das der russischen bolschewistischen Partei, die sich bis auf den heutigen Tag kommunistisch nennt. Und der russische Erfolg scheint dem russischen wie ein Ei dem andern. Nicht nur in der Erzeugung von Hungersnot, sondern auch in den Methoden der Revolutionsverfälschung.

Zum Brief im Feuilleton

Genosse Broh sendet uns folgende „Berichtigung" zu:

Werte Genossen!

Richtig ist, daß mir das Manuskript vor ca. einem Jahr oder noch früher zugegangen ist. . In dem darauf folgenden Briefwechsel mit dem Autor stellte er mir anheim, die bei der Länge und Art des Manuskriptes von mir für erforderlich gehaltenen Kürzungen vorzunehmen, indem er mir schrieb, daß ich derjenige sei, zu dem er das größte Vertrauen hätte." Die Aufgabe, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu scheiden, war natürlich gerade bei einem solchen Manuskript schwierig und verantwortungsvoll. Ich hatte auch nicht die Zeit, mich dieser Arbeit hintereinander zu unterziehen, sondern nur etappenweise, und mußte dann immer wieder die ersten Teile nachstudieren. Ich selbst besitze eine ganze Reihe von mir angefangener Manuskripte, zu deren Vollendung mir einfach die Zeit fehlt. Wenn der Autor die unentstellte Veröffentlichung verlangt, so meint er selbstverständlich das in seinem Auftrag von mir redigierte Manuskript. Wie ihr Euch aus der ursprünglichen Handschrift überzeugen könnt, die ich Euch mit meinen Kürzungen übersandt habe, sind die Kürzungen nicht „tendenziös", sondern rein sachlich vorgenommen. Der Genosse konnte im Zuchthaus nur schreiben in erhaschten Viertelstunden, stets in Hast. Daher viele Wiederholungen. Ferner war und ist inzwischen manches durch die Zeit überholt oder richtiggestellt. Endlich ist die Erregung eines Gefangenen über Persönliches begreiflich, aber der Sachlichkeit nicht dienend. Ihr werdet feststellen können, daß ich gerade Angriffe auf Führer Eurer Organisation durch Streichung der Namen etc. versachlicht habe, nicht um der schönen Augen Eurer Führer willen, sondern weil die Sachlichkeit unter Persönlichem leidet.

Das Entscheidende aber ist, daß ich den Autor über die Kürzungen orientiert habe und daß er durch Schreiben vom 1. Februar 1925 sie ausdrücklich für „gut" erklärt hat. Ich kann es also unter keinen Umständen zulassen, muß es vielmehr Euch als sein Vertreter unterstützen, das Manuskript ohne diese, vom Autor selbst gewünschten und für gut befundenen Kürzungen zu veröffentlichen. Da jeder Autor, wenn er Zeit genug hat, das ursprüngliche Manuskript überarbeitet, und ich diese Ueberarbeitung als sein Beauftragter und Vertrauensmann übernommen habe, weil er es im Zuchthaus nicht tun konnte, so wäre der Abdruck des nicht durchgearbeiteten Manuskripts eine Entstellung. Dadurch, daß jetzt nur das Wesentliche stehen geblieben ist, ist die Arbeit des Genossen eine außerordentlich schlagende und wirkungsvolle, deren nachträgliche Abschwächung ich nicht zulassen kann. Ich hoffe auch, daß ihr selbst nach Durchprüfung der gleichen Ansicht sein werdet.

Nun einige Worte zu Eurem formellen Vorwurf. Euren Brief an Pfemfert habe ich niemals zu Gesicht bekommen. Mich selbst habt ihr nie, weder persönlich noch schriftlich noch telefonisch angefragt. Pfemfert hat mir aber von Eurem Brief an ihn Mitteilung gemacht. Daraufhin habe ich die Druckerei sofort ersucht, das Manuskript zurückzusenden. Dies habe ich erst vorgestern und auch nur zum Teil bekommen und sofort meinem Büro zur Absendung an Euch per Einschreiben übergeben, ohne auch nur eine Ahnung von Euern Aufsatz in der KAZ. zu haben. Auf diesen hat mich erst nachher Kanehl aufmerksam gemacht (ebenso auf Euren Briefwechsel mit den Funktionären der Berliner AAU.-E., der mir gleichfalls unbekannt war).

Prompfert erklärte auf meine heutige Anfrage, daß er Euch am Telefon gesagt habe: er sende Euren an ihn geschriebenen Brief mir zu, aber nicht: er habe ihn mir gesendet. Er habe dann aber die Uebersendung unterlassen, da er mir mündlich davon Kenntnis gegeben. Ich meinerseits habe, wie ihr seht, alles tatsächlich nötige für Euch veranlaßt, ohne jede Bummelei. Wurdet ihr ungeduldig, so hätte einfache direkte Anfrage an mich vor dem öffentlichen Angriff die Sachlage völlig aufgeklärt und falsche Verdächtigung für opferwillige Arbeit sowie neue Bemühung erspart.

Broh.

Auf einen Streit, wer recht hat, wollen wir uns nicht einlassen, da es uns nur darauf ankam, das Manuskript zum Abruck zu erhalten. Die Korrespondenz mit Broh über diese Frage ist für uns durch den Abdruck dieser „Berichtigung" erledigt.

Wir möchten nur noch einmal feststellen, daß der Brief vor über einem Jahr geschrieben wurde und daß der betr. Genosse unsere Zeitung nicht ausgehändigt bekommt, sich politisch also nur nach dem orientieren kann, was ihm durch Genossen brieflich mitgeteilt wird. Und nach seinen eigenen Angaben ist Broh der einzige, der ihm schreibt. Daher also seine Orientierung. Die Streichungen, die Broh vorgenommen hat, sind bei dem Abschnitt, der den Berlinern und den Essenern gewidmet ist, durchaus sachlicher und nicht tendenziöser Natur, dagegen sind bei dem Kapital „Einheitsorganisation" fast alle Angriffe gegen die Einheitler gestrichen oder umgebogen. Wir werden den Brief selbstverständlich ohne die Aenderungen von Broh's Hand bringen, damit sich die Genossen, speziell die der „Einheitler" durch Vergleich mit dem gekürzten Abdruck in der „Aktion" und in der „Einheitsfront", selbst ein Urteil über den Charakter der „Aenderungen" Broh's bilden können.

Mitteilungen

Achtung! Postbezieher und Ortsgruppen im Reich!

Der heutigen Nummer liegen Zahlkarten bei. Die Belieferung der Genossen, die bis zum 20. Februar nicht bis Nr. 10 abgerechnet haben, wird eingestellt.

GROSS-BERLIN.

An die Ortsgruppen und Einzelmitglieder des Wirtschaftsbezirks Berlin-Brandenburg der AAUD. und KAPD.

Am Sonntag, den 1. März 1925, vormittags um 9 Uhr, findet in Berlin-Lichtenberg eine **kombinierte Bezirkskonferenz** der Partei und Union statt. Lokal ist im Rundschreiben bekannt gegeben. Jeder Ort hat einen Delegierten zu senden. Als Tagesordnung schlagen wir vor:

1. Referat über Union und Partei.
2. Bericht über die Ortsgruppen.
3. Organisatorisches, Regelung der Ortsgruppen-Arbeit. Werbenummern. Heranziehung Sympathisierender und früherer Genossen.
4. Verschiedenes.

Der Bezirks-Arbeitsausschuß.
I. A.: Der Obmann.

Die nächste Arbeitsausschußsitzung findet nicht am Mittwoch, den 18. Februar, sondern am Donnerstag, den 19. Febr. an bekannter Stelle, statt. Am Mittwoch, 18. Februar, haben alle Arbeitsausschußmitglieder in den Fachabteilungen Union bei Erscheinen, Lichtenberg, Scherweber Straße 60, zu erscheinen.

Verantwortl. Red. u. Herausgeber: Otto Schernell, Berlin.
Druck: Willy Isadonat, Berlin O 17, Lanze Straße 79.

6. Jahrg. Nr. 13

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 0,15 Mk.

Organ der Kommunistischen Arbeiter Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Straßenhandel — Inserate werden nicht aufgenommen.

Februar 1925
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29
(Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17 Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Tscheka und Spitzeltum

Der Leipziger Spitzelprozeß — Die Verhaftungen in Moskau

Die bürgerliche Presse bis zur „Roten Fahne" hat wieder einmal ihre Sensation. An den Litfaßsäulen Berlins prangen Riesenplakate: „Die deutsche Tscheka. Die ausführlichsten Berichte über den Leipziger Spitzelprozeß bringt nur die „Rote Fahne." So versucht die „Rote Fahne" aus dem Prozeß und evtl. Verurteilung revolutionärer Proletarier zu langjährigen Zuchthausstrafen noch ihren Profit zu ziehen.

Der Leipziger Prozeß zeigt wieder einmal deutlich, daß illegale Organisationen und Spitzeltum untrennbar miteinander verbunden sind. Wenn keine illegalen Organisationen da sind, so schafft der Spitzelapparat der Abteilung 1 a welche, um die Möglichkeit zu haben, revolutionäre Proletarier, denen die jetzige Stagnationsperiode der Revolution zu flau ist, die „Betätigung" suchen, solche zu verschaffen und sie dann ins Zuchthaus zu bringen.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Situation. Proletarier der KPD. haben sich zu einer T.-Gruppe zusammengeschlossen, um die Feinde der Revolution zu „erledigen". Ob mit oder ohne Genehmigung der Zentrale, spielt keine Rolle. Leiter der Gruppe ist ein Felix Neumann, anscheinend ein vollkommen hysterischer Mensch, ein Revolutionsromantiker, eine Abenteurernatur. In die Gruppe werden nach und nach zwei Spitzel aufgenommen, Diener und König. Daneben spielt noch ein Friseur-Rausch eine Rolle, der von seinen Freunden anscheinend die Aufgabe erhalten hat, die Abteilung 1 a zu bespitzeln. Er glaubt, seine Aufgabe am besten lösen zu können, wenn er sich der 1 a umgekehrt als Spitzel zur Verfügung stellte. Für die KPD. wollte er die 1 a bespitzeln, für die Abteilung 1 a wollte er die KPD. bespitzeln. Niemand kann aber zween Herren dienen. Rausch kam bald in Interessenkollusion. Da er fand, daß die 1 a besser als die KPD. zahlte, stellte er an die KPD. eine „Lohnforderung", verlangte eine „Tariferhöhung" und drohte bei Nichterfüllung mit „Streik". Die T.-Gruppe beschloß, ihn zu „erledigen" und der Führer der T.-Gruppe, Felix Neumann, knallte Rausch nieder. Leider lebte Rausch noch einige Tage und konnte Neumann und Genossen zur Anzeige bringen. Daneben spielen noch andere Spitzel eine Rolle, wie eine Angestellte der Viva, Annie Zehnpfund alias Annie Gerber, die in der Viva in aller Gemütsruhe Spitzelberichte an die Abteilung 1 a schrieb, die Fabrikation von belastendem Material aufgenommen hatte, dasselbe in die Schränke der „Viva" legte, dann eine Haussuchung veranlaßte, wo dieses Material „gefunden" wurde usw. Wie man sieht, eine Spitzelkloake ohnegleichen; wenn man den Deckel hebt, wird die Luft vom Gestank verpestet.

Felix Neumann, der Leiter der T.-Gruppe, scheint nicht von Anfang an ein Spitzel gewesen zu sein. Seinen Fall kann man nur psychologisch verstehen. Es gibt gewisse Abenteurernaturen, denen selbsterlebte Sensation alles ist. Sie sind grobartig im Pläne schmieden, scheuen auch nicht vor der Durchführung derselben zurück, begeben sich selbst ohne Furcht in die gewagtesten Situationen und gefährlichsten Lagen und sind zu allem bereit. Nur das Gefährliche kann sie locken. Sie sind Abenteurer aus Perversität. Aus innerer Ueberzeugung sind sie aber nicht bei der Sache. Sie sind nur von einem überzeugt, daß sie und gerade sie allein diesen Posten ausfüllen können. Wo sie im Augenblick stehen, hängt mehr vom Zufall ab als von ihrer Ueberzeugung. Sie organisieren illegale Organisationen jeder Art — Terrorgruppen, Spitzel- („Nachrichten"-) Abteilungen, Waffenlager, militärische Kaders, Banden, usw. — bei den linksstehenden proletarischen Organisationen oder bei den rechtsradikalen Organisationen, oder sie sind Spitzel für alle möglichen Organisationen, haben gewissermaßen ihren eigenen Laden aufgemacht, — wie seinerzeit Ahlers in Hamburg — oder sie werden Berufsverbrecher, internationale Hochstapler, internationale Spione usw. Genau so gewagte Pläne wie auf illegalem Gebiet schmieden sie evtl. auch auf politischem Gebiet, schließen Bündnisse mit dem Feind, um ihn zu übertölpeln, sind aber gewöhnlich selbst die Hereingefallenen. (Georg Kunz in Ludwigshafen, die Separatistenbewegung.) Sie werden dadurch zu Verrätern an der Arbeiterklasse. Nicht, daß sie es wollen, o nein sie sind selbst stolz auf ihre Schlauheit, und merken erst, daß sie in der Schlinge sitzen, wenn es zu spät ist, wenn sie nicht mehr zurück können. Solch eine Natur ist auch Felix Neumann, er wurde zum Spitzel, zum Verräter an seinen Genossen erst, als ihn die Justiz beim Kragen hatte. Der Hauptverantwortliche der T.-Gruppe, des Mordversuches überführt, gab es für ihn kein Zurück mehr. Und nun riß er alle seine Genossen mit hinein. Solche Abenteurernaturen sind durch ihre Auswirkungen eine Gefahr für die Bewegung; sie sind nicht als Spitzel oder Nichtspitzel zu bewerten, sondern nur pathologisch. Ihre Gehirnwindungen sind eben anders als bei den andern. Trotzdem sie infolge ihrer Veranlagung sich zu illegalen Pläneschmieden drängen, müssen sie von solchen mit allen Mitteln ferngehalten werden.

Dieses ist der subjektive und der psychologische Hintergrund des Leipziger Tscheka-Prozesses. Der parteipolitische Hintergrund wird auf Seite 3 dieser Nummer näher aufgezeigt. Nur auf eins sei an dieser Stelle hingewiesen, daß illegale Organisationen oft dem Gegner mehr Vorteil bringen als denjenigen, die sie aufziehen, selbst; daß „Nachrichten-Abteilungen" — Spitzelapparate — zugleich auch die Aufrichtung von Spitzeln in den eigenen Reihen bedeutet, und daß die durch den Charakter der illegalen Organisationen bedingte bedingungslose Unterordnung unter unbekannte „Obere" erst die Atmosphäre schafft, in der Spitzel gedeihen können.

Zu gleicher Zeit bewegt eine andere Nachricht den deutschen Blätterwald: In Moskau sind drei deutsche Studenten, die eine „Studienreise" unternommen hatten, vor mehreren Monaten wegen Spionage und konterrevolutionärer Umtriebe verhaftet worden. Die Russen behaupten, dieselben gehörten der Organisation Consul an und hätten Attentate geplant. Die deutschen bürgerlichen Blätter und Parteien — allen voran die Sozialdemokratie und Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt — wiederum behaupten, es seien harmlose Studenten, dumme Jungens, die wohl früher Nationalisten waren, inzwischen aber Kommunisten geworden sind und ihre Studienreise aus Begeisterung für Rußland unternommen haben. So kritisch man auch der Tscheka in Rußland, — oder vielmehr der GPU., wie sie sich jetzt nennt, — gegenüberstehen mag, soviel man auch weiß, daß jeder Revolutionär, der es wagt, gegen die NEP. zu operieren, von der Tscheka unschädlich gemacht wird, daß die „Linken" in den Gefängnissen sitzen, so sehr weiß man aber auch, daß die Tscheka einen Bourgeois nur verhaftet, wenn er sich ihr offen als Feind gegenüber stellt. Ein liberaler Bourgeois ist ihr Verbündeter, selbst ein Reaktionär vom Schlage eines Grafes Reventlow und Dr. Stadler. Nur derjenige, der offen gegen ihren Bestand kämpft, wird verfolgt. Und wenn die bürgerlichen Blätter auf die Erfahrungen eines Popoff, der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung" in Moskau war und ausgewiesen wurde, hinweist, so braucht man nur Popoffs Buch „Tscheka" wirklich zu lesen, um den Beweis zu haben, daß dieser Bursche in Rußland selbst eine Spionageorganisation aufgezogen hatte. Die Tscheka, der staatliche Spitzelapparat der russischen Regierung, ist selbstständlich auch, wie alle Spitzelapparate, mit gegnerischen Spitzeln durchsetzt. So, um einige Beispiele herauszugreifen, kam 1921 ein „Gothaer KPDist" mit vollgültigen Ausweisen nach Petersburg, wurde dort militärischer Lehrer an einer Roten Offiziersschule und später sogar Tschekist. In Wirklichkeit aber war es — ein Berliner Kriminalbeamter der Abteilung 1 a. Und umgekehrt kam 1921 aus dem Innern Rußlands ein sehr sprachenkundiger „Kommunist" nach Petersburg, wurde dort Redakteur der Zeitschrift: „Die Kommunistische Internationale", später sogar die rechte Hand von Sinowjew, fuhr dann, mit einem persönlichen Empfehlungsbrief von Sinowjew versehen, nach Deutschland, war aber auch ein Spitzel. Alles dieselbe Atmosphäre, alles dieselben Abenteurernaturen. Auch bei den drei deutschen Studenten kann man den Russen schon glauben, daß die Burschen von der Organisation Consul nach Rußland geschickt sind. Ihr Schicksal braucht uns nicht weiter interessieren. Der Leipziger Tscheka-Prozeß — die drei Studenten in Moskau, alles ist aber eine Linie. Es zeigt, daß Spitzeltum und illegale Organisation untrennbar verbunden sind. Die Aufgabe des revolutionären Proletariats kann nicht sein, in Revolutionsspielerei zu verfallen, illegale Organisationen und Organisationchen aufzuziehen, sondern die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Kampfes in die Hirne der Proletarier hineinzuhämmern, den Willen zum Kampf im Proletariat zu wecken und die Waffe zum Kampf, den Weg zum Siege dem Proletariat aufzuzeigen. Das ist unsere Aufgabe, dieser Aufgabe wollen wir alle Kräfte widmen.

Auf dem toten Punkt

Seit mehreren Monaten versucht das deutsche Kapital die deutsche Wirtschaft wieder flott zu machen. Das Londoner Abkommen hat den Rahmen gegeben, in dem die Regulierung des sogenannten Aufbaus der Wirtschaft erfolgen sollte. Es hat sich inzwischen herausgestellt, daß die Zwangsjacke weder dem deutschen noch dem französischen Kapital paßt. Von beiden Seiten sind Bestrebungen im Gange, das Reparationsproblem von neuem aufzurollen. Frankreich schiebt jetzt von neuem die Sicherheitsfrage in den Vordergrund und weigert sich mit Hilfe des englischen Kapitals die Räumung der Ruhr vorzunehmen. Die Kölner Zone, welche nach dem Buchstaben des Versailler Vertrages am 10. Januar 1925 von der Besetzung frei sein sollte, bleibt weiter in der Hand der Engländer. Es liegt darin gewiß System. Die pazifistische Aera von Macdonald ist vorüber. Das englische Kapital konzentriert sich nicht mehr auf Europa, sondern sucht sein Imperium wirtschaftlich zusammenzufassen und zu einer wirtschaftlichen und damit auch zolltechnischen Einheit auszubauen. Der europäische Ausgleich unter seiner Leitung ist ihm deshalb gleichgültiger geworden. Dies geht am besten daraus hervor, daß es jetzt energischer als je die Begleichung der französischen Schulden verlangt. Die Tatkraft, welche hierbei vom englischen Kapital entwickelt wird, steht in keinem Gegensatz zu den Konzessionen, die es auf der anderen Seite dem französischen Kapital zur Erlangung von Sicherheiten macht. Es gewährt ihm geradezu diese Sicherheiten, es liefert ihm die Rheinprovinz aus, weil es dadurch hofft, Kapital zum Ausbau seiner großimperialistischen Pläne frei zu bekommen. Die Rheinlandfrage ist damit zu einem Tauschobjekt bei den französischen und englischen Interessen geworden. Der intensive Notenaustausch, welcher gerade jetzt während der laufenden Räumungsverpflichtung Frankreichs gepflogen wird, beweist am besten die Abhängigkeit bei den Fragen.

Das französische Kapital befindet sich demgegenüber in einer außerordentlich schwierigen Lage, da das amerikanische Kapital gleichzeitig auch seine Forderungen anmeldet und auf Regelung dringt. Es ist dies keineswegs verwunderlich, da das französische Kapital bisher noch nicht einmal Zinsen gezahlt hat. Die Schulden an die alliierten Mächte betragen allein 125 Milliarden Francs und zwar zusammen mit den Zinsen. Davon kommen 69,30 Milliarden auf die Vereinigten Staaten und 55,70 Milliarden auf England. Dazu kommen noch 19,5 Milliarden kommerzieller Schulden aus verschiedenen Handelszwecken dienenden Anleihen und Bankkrediten. Fast das doppelte der Auslandsschulden machen die inneren Schulden mit 280,6 Milliarden Francs aus. Dieser Schuldenlast steht ein Aktivum von 15,1 Milliarden an das Ausland g